

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017
Band 10

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit ...**

Band 10/125

Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 1

Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, und es ist mir gleichgültig, wer die Gesetze macht!

Mayer Amschel Rothschild (1744-1812, deutscher Bankier, Gründer des Hauses Rothschild)

Am 9. Dezember 1948 wurde die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11.12.1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird,

In Anerkennung der Tatsache, daß der Völkermord der Menschheit in allen Zeiten der Geschichte große Verluste zugefügt hat, und

In der Überzeugung, daß zur Befreiung der Menschheit von einer solch verabscheuungswürdigen Geißel internationale Zusammenarbeit erforderlich ist,

sind die vertragsschließenden Parteien hiermit wie folgt übereingekommen:

Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.

Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;

b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<

In dieser Erklärung der UNO-Generalversammlung hieß es ferner, daß niemand willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden darf (Art. 9) und daß jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes Land, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Art. 13). Auch eine Verschwörung zur Begehung von Völkermord und bereits der Versuch, waren aufgrund dieser UN-Konvention zu bestrafen.

Diese UNO-Konvention enthielt zwar keine eigene Strafnorm, aber sie verpflichtete die Signatarstaaten gemäß Art. VI, Handlungen, die als Völkermord definiert waren, unter Strafe zu stellen (x086/249).

Trotz Stimmenthaltung aller "Ostblockstaaten" wurde die UNO-Erklärung der Menschenrechte damals allgemein gültig.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x051/608): >>Völkermord (Genozid), physische (auch kulturelle) Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassischer Gruppen.

Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. In Ansätzen schon im Gefolge der Minoritätenverfolgungen in der Sowjetunion seit 1917 formuliert, wurde Völkermord kodifiziert nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gegen Polen, Slawen und Juden (Endlösung): In Artikel 6c der IMT-Satzung vom 8.8.45 für die Nürnberger Prozesse wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.

Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.

1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.

Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltgeschichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<

James P. Warburg (1896-1969, Privatbankier, Finanzberater der US-Militärregierung in Deutschland) berichtete im Jahre 1949 in seinem Buch "Deutschland – Brücke oder Schlachtfeld" über die nordamerikanische Nachkriegspolitik (x156/40-41): >>... Von der Lösung, die für die deutsche Frage gefunden wird, hängt nicht nur unser eigenes Glück und unsere eigene Wohlfahrt ab, sondern auch die Sicherheit unserer Nation, mehr noch die Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation auf unserer Erde überhaupt. ...

Es mag ... wohl sein, daß das, was sich heute in Deutschland ereignet, uns gefühlsmäßig nicht sehr nahegeht, insoweit, als es sich dabei um unsere Sympathie für das deutsche Volk handelt. Aber dennoch hat all das aus einem ganz anderen Grunde für uns eine tiefe und lebenswichtige Bedeutung: diese Vorgänge berühren nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt. Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...

Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...

Wenn man das nicht will, so muß man eben das deutsche Volk gänzlich ausrotten oder versklaven, das deutsche Volk aufteilen und von den Nachbarländern anektieren lassen.

Da niemand an solch drastische Maßnahmen denken kann, besteht das deutsche Problem heute nicht nur aus der Frage, wie man das deutsche Volk friedfertig und dem Gesetz gehorsam machen, sondern auch darin, wie man das Können, die Arbeitskraft und die natürlichen Hilfsmittel einer neuen und friedfertigen deutschen Nation zum Besten Europas und der Welt wirksam werden lassen kann.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb im Jahre 1965 in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die nordamerikanische Deutschlandplanung (x306/60-70):

>>**What to do with Germany?**

Die Geschichte der amerikanischen Deutschlandplanung im Zweiten Weltkrieg ist die traurige Geschichte, wie Sachverstand und politische Verantwortung die Waffen strecken gegenüber dem ideologischen Fanatismus einer kleinen Gruppe, die sich gedeckt vom Sperrfeuer der "öffentlichen Meinung" frei zu entfalten vermag.

Nach einem kurzen Kräftemessen entglitt das politische Steuer den Händen des für die militärischen Aspekte der Deutschlandplanung zuständigen Kriegsministeriums und des für die zivilen Aspekte der Planung zuständigen Außenministeriums und geriet in den Griff jener Behörden, in denen sich die Liberalen verschanzt hatten, des Finanzministeriums unter Morgenthau, der Verwaltung für Außenwirtschaft (Foreign Economic Administration) unter Leo T. Crowley und des Amtes für Kriegsnachrichten (Office of War Information) unter Elmer Davis.

Vom September 1944 ab war die Deutschlandplanung im Dreibehördenrahmen zwischen Kriegsministerium, Außenministerium und Finanzministerium abzusprechen. Das Finanzministerium, das für die Deutschlandplanung im Grunde so wenig zuständig war wie andere nicht beteiligte Ministerien, wurde von Roosevelt in seiner Eigenschaft als Sprecher des liberalen Antigermanismus eingeschaltet. Senat und Repräsentantenhaus waren durch Roosevelts System des persönlichen Regiments bei der amerikanischen Nachkriegsplanung ohne Einfluß. Das Kriegsministerium war in sich gespalten, da sich die Civil Affairs Division (Leiter: General Hilldring) dem liberalen Antigermanismus angeschlossen hatte, während der zuständige stellvertretende Kriegsminister John McCloy eine nicht ganz durchsichtige, vermittelnde Position einnahm.

Das Außenministerium allein konnte dem Ansturm der Antigermanen nicht standhalten, deren durchschlagendstes Argument war, daß sie den neuen Geist der Vereinten Nationen repräsentierten, während das Außenministerium lediglich das veraltete amerikanische Nationalinteresse vertrete.

Roosevelt entzog die Außenpolitik dem Einflußbereich des Kongresses, indem er Erklärungen und Protokolle unterzeichnete, Verwaltungsabkommen schloß und so völkerrechtliche Verträge, die der Genehmigung des Kongresses bedurft hätten, vermied. Eine dieser Erklärungen ist die der Vereinten Nationen, die am Neujahrstag 1942 von Roosevelt, Churchill, Litwinow und Sung unterzeichnet wurde. Die Unterzeichner stellten fest, daß sie in gemeinsamem Kampf gegen einen wilden und brutalen Feind stünden, dessen vollständige Niederlage für die Bewahrung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit grundlegend sei. Sie verpflichteten sich, ihre ganze Kraft in diesem Kampf einzusetzen und keinen Separatfrieden zu schließen. Im übrigen beriefen sie sich auf die vielstrapazierte Atlantik-Charta. Als Churchill im Weißen Haus gerade in der Badewanne saß, wurde er von Roosevelt gefragt, ob man die Kriegscoalition nicht die der Vereinten Nationen nennen könne. Churchill brummte seine Zustimmung, die Vereinten Nationen traten ins Leben.

Einen Tag nach der Unterzeichnung im Weißen Haus durch die vier Großmächte, durften die

übrigen neugebackenen Vereinten Nationen ihre Unterschriften im Büro von Adolf Berle im Außenministerium abliefern. Es war ein wenig ansehnlicher Troß, der sich aus den britischen Dominien, 8 Exilregierungen und 9 mittelamerikanischen Satelliten der Vereinigten Staaten zusammensetzte. Daß der Tag der Vereinten Nationen am 14. Juni, dem Tag der amerikanischen Flagge, begangen wurde, galt als gutes Omen dafür, daß die neue, etwas gemischte Koalition dem amerikanischen Geist entsprechen würde. Man war der Überzeugung, daß eine (entsprechend ausgewählte) amerikanische Tradition in die neue und eine Welt hinüberleiten werde.

Für den ersten "Tag der Vereinten Nationen" sprach Roosevelt demnach über den Rundfunk das folgende Gebet:

"Gott der Freien, wir geloben heute unser Herz und unser Leben der Sache der gesamten Freien Menschheit. Unsere Erde ist nur ein kleiner Stern im großen Universum. Aber wir können, so wir wollen, aus ihr einen Planeten machen, der unbelästigt ist vom Kriege, verschont ist von Hunger und Furcht, ungespalten ist durch die sinnlosen Unterscheidungen von Rasse, Hautfarbe und Theorie. Der Geist des Menschen ist erwacht, und die Seele des Menschen ist vorangeschritten.

Gib uns das Geschick und den Mut, die Welt von der Unterdrückung und der alten gemeinen Lehre, daß die Starken die Schwachen aufessen müssen, weil sie stark sind, zu säubern. Schenke uns einen gemeinsamen Glauben, daß der Mensch Brot und Frieden, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit, Freiheit und Sicherheit, Gelegenheit und die gleiche Chance, sein Bestes zu tun, nicht nur in unserem Land, sondern in der ganzen Welt, kennenlernen wird. Und in diesem Glauben laßt uns marschieren, auf die saubere Welt zu, die unsere Hände schaffen können.

Amen."

Die Architekten dieser neuen sauberen Welt waren nicht übermäßig besorgt, daß die Mitarbeit der Sowjetunion ihr geplantes Gebäude zum Einsturz bringen könnte. Näher und bedenklicher waren für sie die architektonischen Gefahren, die sich aus dem eigenen Lager erhoben. Eifersüchtig wurden Versuche beobachtet, an eine politische Planung, insbesondere eine Deutschlandplanung, heranzugehen, die nicht vom neuen Geist der Vereinten Nationen inspiriert waren. Man war gewappnet, daß von der Diplomatie und der militärischen Führung auf der einen, von der Industrie auf der anderen Seite Quertreibereien zu erwarten seien, und Wachsamkeit war das Gebot der Stunde.

Der Provost Marshall, dem die Militärpolizei unterstand, hatte 1942 in der Universität von Virginia in Charlottesville eine Schule für Militärregierung errichtet. Später wurden einmonatige Kurse in Fort Custer (Michigan) und eine anschließende Ausbildung an CATS (Civil Affairs Training Schools) an verschiedenen amerikanischen Universitäten eingerichtet.

Hier sollten die Spezialisten für die Verwaltung der von den amerikanischen Truppen zu besetzenden Gebiete ausgebildet werden. Die Presse widmete den neuerrichteten Schulen gebührende Aufmerksamkeit, zumal 1942 wenig Erfreuliches von den Kriegsschauplätzen zu berichten war.

Eines Tages fragte der liberale Innenminister Ickes Roosevelt nebenbei, ob dieser die Errichtung einer "Gauleiter-Schule" in Charlottesville angeordnet habe. Roosevelt hatte nicht, aber er verstand den Wink. Er kümmerte sich höchstpersönlich um die Art und Weise, wie die Armee der Zivilbevölkerung der zu besetzenden Länder gegenüberzutreten werde. Im Frühjahr 1943 ließ er im Kriegsministerium eine Abteilung für Zivilangelegenheiten errichten, deren Leiter Generalmajor John Hilldring als Stadtkommandant im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg einige unliebsame Erfahrungen gesammelt hatte.

In dieser Zivilabteilung ging es sehr zivil zu. An den Schlüsselstellen saßen neben den die Kompetenzen der Abteilung löwenhaft verteidigenden Rechtsanwältinnen Männer, die die politi-

schen Visionen des Liberalismus teilten. Unter ihnen war John Boettiger, Roosevelts Schwiegersohn, dessen Frau Anna ständigen Umgang mit ihrem Vater hatte. Die in deutschen Fragen treibende Kraft der Abteilung war der Oberst David Marcus.

Marcus war bis Kriegsbeginn der Leiter der Gefängnisse der Stadt New York und der "starke Mann" der extrem liberalen und Roosevelt persönlich treu ergebenen Stadtverwaltung der "Fusionisten" von New York unter dem Bürgermeister Fiorello H. La Guardia gewesen. Marcus' Tätigkeit ist in Dunkel gehüllt. Die einzige Biographie über ihn ist ein Heldenbuch für Kinder im Alter von sechs bis 10 Jahren. In einem Nachruf in der "Saturday Evening Post" wurde Marcus' Karriere folgendermaßen skizziert:

"Nach Dienst mit seiner Division im Pazifik wurde er nach Washington zur Dienstleistung im Stab von General Marshall zurückgesandt und dort mit einer Reihe von Sonderaufträgen betraut, die Präsident Roosevelt auf ihn aufmerksam machten. Er begleitete Roosevelt später nach Jalta und Teheran und war mit Truman in Potsdam. ... Er löste einige der wichtigsten Aufgaben hinter verschlossenen Türen, wobei er häufig direkt an das Weiße Haus berichtete. Er half mit, die Kapitulationsurkunden zu entwerfen, die Italiener und Deutsche unterzeichneten. Er arbeitete das Programm für die Militärregierung in den besetzten Gebieten aus und ging selbst an Ort und Stelle, um zu sehen, daß es auch ausgeführt wurde."

Marcus, der bei Kriegsende die Planungsabteilung der Civil Affairs Division leitete, war in der Nachkriegszeit erst im Stab des Militärgouverneurs in Deutschland, dann im Stab von MacArthur in Japan, ab Juni 1946 wieder in Washington, diesmal als Leiter der Abteilung für Kriegsverbrechen. Im April 1947, als das Ende der liberalen Phase der amerikanischen Politik sich deutlich abzeichnete, trat er aus der Armee aus und eröffnete ein Anwaltsbüro in der Fifth Avenue. Aber auch hier hielt es den ruhelosen Geist nicht lange. Er trat unter einem falschen Namen in die israelische Armee ein und fiel am 11. Juni 1948 vor den Toren Jerusalems.

Die Planung des Vorgehens der Armee bei der Besetzung war Sache der Civil Affairs Division in Washington. ...

Anfang 1944 waren die Absolventen der Schulen von Charlottesville und Fort Custer in England eingetroffen. 2.000 künftige Angehörige der Militärregierung wurden in der neuerbauten Kadettenanstalt von Shrivenham zusammengefaßt. Über die Grundsätze der Besatzungspolitik gab es kaum Vorschriften, und einige mehr naive Offiziere gingen sogar so weit, diese aus dem Text der Atlantic Charta zu entwickeln.

Das zusammenfassende "Handbook for Military Government" lag im August 1944 nach drei Umarbeitungen druckfertig vor, als Henry Morgenthau als liberaler Deus ex machina in London erschien, die geleistete Arbeit annullierte und dafür sorgte, daß die Besatzungsplanung an den Pulsschlag des amerikanischen Liberalismus und der antigermanischen Ideologie angeschlossen wurde.

Nicht nur von seiten des Pentagon, auch von seiten des State Department witterten die Liberalen Gefahr. Die "gestreiften Hosen" der Diplomaten wurden von ihnen im gleichen Maße als Fremdkörper in der amerikanischen Demokratie angesehen wie der "brass" (Messing der Rangabzeichen) der Generale. Militär und Diplomatie schienen Rudimente des europäischen Zeitalters der Machtpolitik, deren Aussterben im Zeitalter der friedlichen Harmonie und Gesinnungspolitik man entgensehen konnte.

Die Diplomaten des State Department und die privaten Spezialisten des halbamtlichen "Council of Foreign Relations" in New York hatten noch vor dem amerikanischen Kriegseintritt mit umfangreichen Vorarbeiten für die Nachkriegsplanung begonnen. Die Problematik einer weiteren Ausdehnung der kommunistischen Machtsphäre wurde dabei nicht außer acht gelassen. Aus welchen politisch ideologischen Wetterwinkeln sich der Gewittersturm gegen eine nüchterne außenpolitische Planung erheben würde, blieb dem Außenminister Cordell Hull nicht verborgen.

Mit gutem Grund rief er ein Advisory Committee on Post War Foreign Policy ins Leben, das als Vertretung der "Öffentlichkeit" im Februar 1942 die Nachkriegsplanung aus den Händen eines interministeriellen Ausschusses übernahm, der seit Januar 1940 mit den Nachkriegsregelungen befaßt gewesen war. Im 45köpfigen Ausschuß bildeten die 11 Diplomaten eine Minderheit. Neben ihnen waren andere Ministerien, einige Senatoren, aber auch Privatleute an der Nachkriegsplanung beteiligt.

Obwohl sich unter den letzteren auch bekannte Interventionisten wie Hamilton Fish Armstrong ("We or they?" "Hitler's Germany") und Anne McCormick von der "New York Times" befanden, genügte die eingeschalteten gemäßigten Sachkenner nicht, um die Öffentlichkeit von der ebenso leidenschaftlichen wie unsachgemäßen Erörterung der Nachkriegsfragen abzuhalten. Als nach der Landung in Nordafrika, Sizilien und Unteritalien praktische Entscheidungen zu treffen waren, wurde der beratende Ausschuß aufgelöst.

Inzwischen hatte die liberale Öffentlichkeit den "Fall Darlan" zu einem Testfall für die Behandlung außenpolitischer Fragen aufgebaut. Darlan, ein ehemaliger Minister der Vichy-Regierung, war in Nordafrika zu den Alliierten übergegangen. Diese bedienten sich seiner Dienste. Die Öffentlichkeit sah darin ein Paktieren mit dem Faschismus. Der "Fall Darlan" wurde zwar mit mäßiger Eleganz durch die Ermordung des Generals (am 24.12.1942) geregelt, die aufgeputschte Öffentlichkeit wollte aber ein für allemal festgelegt wissen, daß mit "Faschisten" nicht verhandelt werden dürfe und daß eine Diplomatie zwischen den Schützengräben unstatthaft sei. ...

An der Stätte des Wirkens Darlans forderte Roosevelt zum Abschluß der Konferenz von Casablanca vor der Presse am 24. Januar 1943 die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans. Die Form der Beendigung des Krieges durch bedingungslose Kapitulation ging nach dem Wortlaut der Erklärung Roosevelts aus dem Kriegsziel der totalen Ausschaltung der militärischen Macht der genannten Staaten hervor.

Ob Roosevelt die Forderung improvisiert habe (Churchill), ob bereits beim Mittagessen am 23.1. darüber gesprochen worden sei (Elliott Roosevelt) oder ob schon Monate zuvor die Formel in interministeriellen Besprechungen aufgetaucht sei (Herbert Feis), ob das Ziel der Erklärung war, einen Sonderfrieden zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu verhindern oder den Widerstandswillen in den von den Achsenmächten besetzten Ländern zu fördern, ist umstritten.

Unumstritten ist die Wirkung der Formel. Niemand behauptet, daß die sowjetische Politik sich durch sie an die Kette legen ließ, niemand bestreitet, daß die Gegner Amerikas zum bedingungslosen Kampf aufgeputscht wurden, da weder ein Wechsel der Politik noch einer der Regierungen Aussicht auf einen leidlichen Ausgang eröffnete.

Die Erklärung von Casablanca war eine Erklärung des totalen Krieges bis zum totalen Sieg, die alle Brücken abbrach und das diplomatische Spiel zum Erliegen brachte. ...

Was nach der bedingungslosen Kapitulation mit Deutschland zu geschehen habe, interessierte die amerikanische Öffentlichkeit mehr als die Regierung. Diese hielt dafür, daß die Zukunft Deutschlands im Rahmen der Nachkriegsordnung zu sehen sei. Ein Kriegsziel, über das ohne weiteres Einigkeit bestand, war die militärische Ausschaltung Deutschlands durch seine vollständige Entwaffnung. Roosevelt und Molotow hatten am 1. Januar 1942 ihr Einvernehmen in diesem Punkte festgestellt.

Aus der Entwaffnung, die Roosevelt ja für alle Staaten außer den vier Großmächten vorgesehen hatte, folgte die Vernichtung der politischen Existenz Deutschlands, das sein Schicksal jedoch mit allen anderen Nichtgroßmächten teilte. Der Streit zwischen den Anhängern des "harten" und des "weichen" Friedens ging um die Frage, ob und in welchem Maße auch die zivile Existenz Deutschlands zu vernichten sei.

Roosevelts Nachkriegskonzeption war nicht unbestritten. Seine Vorstellung der Viermächte-

Treuhänderschaft über die Welt und die Vorstellung seines Außenministers Hull einer Erneuerung des Völkerbundes zwischen gleichberechtigten Staaten waren nur schwer auf einen Nenner zu bringen. ...

Im Sommer 1943 erzwang Hull den Rücktritt seines Stellvertreters Welles, der über den Kopf des Ministers hinweg Roosevelts private Außenpolitik gemacht hatte. Als Roosevelt Welles daraufhin als seinen persönlichen Vertreter zur Moskauer Außenministerkonferenz entsenden wollte, bestieg der greise Hull zum ersten Mal in seinem Leben ein Flugzeug und flog im Oktober 1943 nach Moskau. Hier gewann er die vorläufige sowjetische Unterstützung seines Konzepts einer Weltorganisation, basierend "auf der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Staaten", gegen das Treuhänderschafts-Konzept Roosevelts.

Hull legte Molotow auch ein Deutschland-Memorandum vor, das zwei Beamte des Außenministeriums vorbereitet hatten. Molotow berichtete, daß Stalin "begeistert" sei. Im Laufe der Verhandlungen stellte es sich jedoch heraus, daß die Vorschläge des Memorandums (Bedingungslose Kapitulation, Besetzung durch die drei Mächte, restlose Entwaffnung, Auflösung der NSDAP) von den Russen als Minimum-Programm betrachtet wurden.

War Hull mit seinem Deutschland-Memorandum zuerst zu den Russen gegangen, um zu zeigen, daß er keine gemeinsame Front mit den Engländern bilde, so bot Eden den Russen die Aufteilung Deutschlands an, um zu zeigen, daß er seinerseits nicht mit den Amerikanern unter einer Decke stecke. So begann das westlicherseits mangelhaft koordinierte Spiel um das Tranchieren des deutschen Bratens, dessen erste Moskauer Scheiben mit der Abtrennung Ostpreußens auf den sowjetischen Teller und mit der Abtrennung Österreichs und dessen Behandlung als "befreites Gebiet" zwischen die Teller fielen.

Was mit Restdeutschland zu geschehen habe, sollte eine in London tagende Dreimächtekommission ausfindig machen ...

... Moskau war durch die Kriegführung voll in Anspruch genommen und zögerte seine Anweisungen oft monatelang hinaus. In Washington hatte sich die Deutschlandpolitik im verschlungenen Kräftespiel der verschiedenen Strömungen in und außerhalb der Regierung verfangen, und Abwarten war für Roosevelt die innenpolitisch beste Lösung.

Das Ergebnis der anderthalbjährigen Sitzungen waren mehrere Kapitulationsurkunden, die Zoneneinteilung und die Errichtung des Kontrollrats für Deutschland. Die Kapitulationsurkunde sollte eine juristische Fassung der Erklärung von Casablanca sein. Es stellte sich heraus, daß eine Rooseveltsche Erklärung in juristische Terminologie zu fassen, gar nicht so einfach war, da der "neue" Geist schlecht in das "alte" Völkerrecht paßte.

Die Engländer als die Fußkranken der neuen Weltordnung wollten eine genaue Abgrenzung der Rechte der Besatzungsmächte, die Amerikaner forderten ein generelles "mandate for change", während die Russen vor allem an der Zerschlagung der deutschen Wehrmacht und der Überführung der gesamten deutschen Armee in die Gefangenschaft interessiert waren. Alles andere würde man schon späterhin regeln.

Es kam zu einem Kompromißdokument, das die Zustimmung der vier Regierungen fand, nur daß es, wie sich im Frühjahr 1945 herausstellte, nicht brauchbar war, da es eine deutsche Zivilregierung als Kapitulationsunterzeichner voraussetzte. Man machte sich daher an die Abfassung eines neuen Dokuments, das denn auch prompt vier Tage nach der deutschen Kapitulation fertig wurde. In dieser "Erklärung über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland" sollten die vier Oberkommandierenden von sich aus die Kapitulation Deutschlands erklären.

Doch die Zeit hatte gedrängt und Eisenhower nicht länger gewartet. Er ließ nach Abstimmung mit den Russen eine militärische Kapitulationsurkunde ausarbeiten, der auf Drängen Winants noch ein allgemeiner Ermächtigungsparagraph eingefügt wurde. Eisenhowers Urkunde wurde am 7. und 8. Mai in Reims und Berlin von den Vertretern der Wehrmacht unterzeichnet, wäh-

rend die Erklärung des Londoner Viermächteausschusses (inzwischen war im November 1944 auch der französische Botschafter hinzugekommen) am 5. Juni 1945 im sowjetischen Hauptquartier in Karlshorst von den vier Oberkommandierenden unterfertigt wurde.

Die anderen Londoner Ergebnisse waren nicht viel glückhafter. In der Zoneneinteilung (September 1944) wurde (unbeabsichtigt) die Magna Charta der Teilung Deutschlands nebst permanenter Berlinkrise erarbeitet, und was aus dem Kontrollrat geworden ist (November 1944), ist allgemein bekannt.

Der amerikanische Botschafter in London, John Winant, war kein Karrierediplomat, sondern der zu Roosevelt übergelaufene ehemalige republikanische Gouverneur New Hampshires. Sein britischer Kollege Strang schildert ihn als "eine sich selbst marternde Seele." Winant war eine zeitgemäße Kopie seines Meisters Roosevelt, mit dem er über den Marine Code unter Umgehung des Außenministeriums direkte Verbindung hielt. Er glaubte mit Roosevelt, daß man sich auf menschlicher Basis mit den Russen verständigen müsse.

Als Botschafter Murphy ihn darauf hinwies, daß die westlichen Zugangsrechte nach Berlin vertraglich gesichert werden sollten, sagte er, daß das Zonenabkommen nicht umgestoßen werden dürfe, da es nur zustande gekommen sei, weil er und Botschafter Gusew so gute Freunde geworden seien.

Er glaubte daran, daß man in Berlin und anderswo sein Geschick in die Hände der Russen legen sollte, diese würden sich durch Annäherung wandeln. Sie würden das ihnen erwiesene Vertrauen und die nach dem Ende des diplomatischen Zeitalters herrschende Arglosigkeit zu schätzen wissen und sich - noblesse oblige - bei dem Aufbau der neuen Weltordnung kooperativ erweisen. Winant überlebte den Zusammenbruch dieser neuen Ordnung nicht. Er setzte 1947 seinem Leben ein Ende.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (51/1967) berichtete am 11. Dezember 1967 über die "Deutschland-Pläne" des US-Imperiums: >>**MORGENTHAU-Plan der Rache**

Die Herren des Reichspropagandaministeriums hatten einen großen Tag. Ihre Orders an Presse- und Funkredaktionen sicherten, daß die kriegsmüden Deutschen aus jedem Lautsprecher, aus jeder Zeitungsspalte die beklemmende Nachricht erfuhren: In Washington habe man Deutschlands Tod beschlossen.

"Roosevelt und Churchill machten sich Judas Mordplan zu eigen", krakeelte der "Völkische Beobachter" am 26. September 1944, und später setzte er nicht ohne heimliches Vergnügen hinzu: "Wir verzeichnen diese Ausgeburten haßbenebelter Gehirne, weil das deutsche Volk wissen muß, wes Geistes Kind seine Feinde sind."

Fast zur gleichen Zeit aber schrieb Amerikas Kriegsminister Henry L. Stimson in sein Tagebuch: "Ich fürchte sehr, daß es auf unserer Seite zu einer Massenvergeltung kommen wird. Das muß unweigerlich eine äußerst gefährliche Reaktion in Deutschland auslösen und wahrscheinlich einen neuen Krieg."

Die versteckte Genugtuung der NS-Führer und die Besorgnis des US-Liberalen galten einem Deutschland-Plan des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau, der Amerikas Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Englands Premier Winston Churchill bewogen hatte, dem zuzustimmen, was er die "harte Behandlung der Deutschen" nannte.

Um Deutschland die Entfesselung eines neuen Krieges (Morgenthau: "Diese Teufel sind ja so schlau") unmöglich zu machen, wollte der Finanzminister

- die gesamte deutsche Industrie zerstören und Deutschland in eine Agrargesellschaft verwandeln;

- das Reich in zwei separate Staaten spalten, außerdem das Saargebiet, Teile des Rheinlands und Norddeutschlands, Ostpreußen und Oberschlesien von Deutschland abtrennen und

- einige Millionen Deutsche als Zwangsarbeiter nach Afrika umsiedeln.

Dieser "Plan blinder Rache", wie der US-Außenminister Cordell Hull das Morgenthau-Projekt

nannte, bestimmte für eine kurze, aber entscheidende Zeit die Deutschland-Politik der Vereinigten Staaten. Er trug nach dem Urteil des US-Historikers John L. Snell dazu bei, "die deutschen Kriegsanstrengungen zu stärken und ... den deutschen Widerstand gegen die Alliierten anzufeuern" (Andreas Hillgruber: "Probleme des Zweiten Weltkrieges". Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin, 1967 ...).

Die Erinnerung an den Morgenthau-Plan hat sich in die Gefühlswelt deutschen Selbstmitleids so tief eingegraben, daß noch heute viele Deutsche glauben, den Präsidenten Roosevelt habe ein Kreis meist jüdischer Deutschenfeinde umgeben, die aus "alttestamentarischem Haß" ("Industriekurier") Amerika die Vernichtung Deutschlands suggerierten.

Noch immer hängen manche Deutsche der NS-These vom jüdischen Weltverschwörer Morgenthau an. Ihn darf die rechtsradikale "Deutsche National-Zeitung" unwidersprochen "einen der größten Verbrecher der Menschheitsgeschichte" nennen, und selbst Publizisten wie Max Walter Clauss wittern im Morgenthau-Plan einen Versuch, "die alliierte Kriegführung in den Dienst der jüdischen Weltvergeltung zu stellen" ("Der Weg nach Jalta", 1952).

Das allzu populäre Morgenthau-Bild wird jetzt im SPIEGEL ein amerikanischer Historiker korrigieren, der die Intentionen Morgenthaus aus erster Quelle kennt. John Morton Blum, 46. Professor für Geschichte an der Yale-Universität, Linksdemokrat und im Zweiten Weltkrieg Marineoffizier, hat die Geschichte des Morgenthau-Plans dargestellt, wie sie noch nie dargestellt worden ist: im Spiegelbild von Morgenthaus Tagebüchern.

Anfang der fünfziger Jahre war Blum von dem alternden Exminister gefragt worden, ob er Lust habe, Morgenthaus Tagebücher zu bearbeiten und herauszugeben. Blum akzeptierte und erhielt Zugang zu den 800 Tagebüchern, die Morgenthau von seiner Ernennung zum Finanzminister im Jahr 1934 bis zur Verabschiedung im Sommer 1945 geführt hatte.

Mit pedantischer Genauigkeit war vom Minister alles notiert worden: Unterredungen mit dem Präsidenten, Gespräche mit Ministern und Untergebenen, Kernsätze aus Akten und Notizen. Blum: "Die Tagebücher liefern einen von Minute zu Minute reichenden Bericht über Morgenthaus Amtszeit."

Außer 80.000 Tagebuchseiten las Blum die Geheimakten des Finanzministeriums, die Sitzungsprotokolle alliierter Konferenzen und die persönlichen Aufzeichnungen prominenter Freunde und Gegner des Ministers. Als er seine Arbeit abschloß, meinte der Professor, er habe "mindestens eine Million Seiten durchgesehen".

1959 veröffentlichte Blum den ersten Band seines dreiteiligen Werkes "From the Morgenthau Diaries" (aus den Morgenthau-Tagebüchern), 1965 folgte ein zweites Buch. Im Februar 1968 wird im Düsseldorf Droste-Verlag der letzte und für deutsche Leser besonders aufschlußreiche Band erscheinen: die Geschichte des Morgenthau-Plans.

Freilich bleibt auch in der verständnisvollen Darstellung Blums der Morgenthau-Plan eines der niederdrückendsten Dokumente politischer Wahnideen. Gleichwohl differenziert Blum an einer entscheidenden Stelle: Der Plan ging weniger auf das Wirken allmächtiger Deutschenfeinde in Amerika zurück als auf den lässigen Regierungsstil Roosevelts und die Kompetenzkabalenden Washingtoner Bürokraten.

Professor Blum demoliert mithin die deutsche Lieblingsvorstellung, im Weißen Haus habe ein Präsident residiert, der mit seinen deutschfeindlichen Beratern unentwegt bestrebt war, das Deutsche Reich von der politischen Landkarte zu tilgen. Tatsache ist, daß Deutschland in Roosevelts Weltbild keinen zentralen Platz einnahm.

Die Roosevelt-Biographen hatten stets Mühe, Beziehungen des Präsidenten zu den Deutschen nachzuweisen. Solche Bemühungen förderten kaum mehr zutage als die Geschichte von der Radtour des Schülers Franklin am Rhein, auf der er an einem Tag viermal von deutschen Gendarmen arretiert wurde wegen Bagatelldelicten: Überfahren einer Gans, unerlaubtes Pflücken von Kirschen, Abstellen eines Fahrrads auf einem Bahnhof, nächtliche Fahrt ohne

Beleuchtung.

"Diese Vorkommnisse", währte Biograph John Gunther, "vermittelten Roosevelt tiefe Einblicke in den deutschen Charakter, die er nicht vergessen sollte." Immerhin lernte Jung-Franklin an der Bad Nauheimer Volksschule, die er 1891 besuchte, solange sein Vater zur Kur in Deutschland blieb, genügend Deutsch, um später am Radio Hitler-Reden in der Originalsprache verfolgen zu können.

Zuweilen brüstete sich der Spötter Roosevelt in Anwesenheit des steifen Außenministers Hull, er verstehe von Deutschland mehr als alle seine Mitarbeiter. Widersprach ihm aber ein Experte, dann gab Roosevelt entwaffnend zu, natürlich kenne er Deutschland nicht gut, denn es sei schon lange Zeit her, daß er das Land gesehen habe.

Die Bemerkung verriet etwas von der Nonchalance, mit der Franklin Roosevelt das Deutschland-Problem im Krieg behandelte. Er konnte wütend ausrufen, man müsse alle Deutschen kastrieren, und kurz "darauf Diplomaten warnen, Amerika dürfe nicht den "Fehler von Versailles" wiederholen und etwa eine Spaltung Deutschlands betreiben.

Diese Lässigkeit wurde immer bedenklicher, je mehr sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete. Schon im März 1943 hatte Englands Außenminister Anthony Eden bei einem Besuch in Washington die Frage aufgeworfen, "what to do with Germany" -- der Präsident wußte keine konkrete Antwort.

Als schließlich das Gerücht umging, Sowjetrußland baue sich mit dem "Nationalkomitee Freies Deutschland" kriegsgefangener deutscher Soldaten und Offiziere eine eigene Armee und Regierung für das Nach-Hitler-Deutschland auf, entwarfen auch amerikanische Behörden Pläne für die deutsche Zukunft.

Im State Department trat eine Studiengruppe zusammen, die vorschlug, Amerika müsse versuchen, noch vor Beendigung der Kampfhandlungen Abkommen mit England und der Sowjet-Union über die gemeinsame Verwaltung eines einheitlichen Deutschlands abzuschließen.

Die NS-Kriegsverbrecher sollten bestraft, der wirtschaftliche Einfluß Deutschlands in Europa zurückgedämmt, eine deutsche Wiederbewaffnung verboten, zugleich aber demokratische Einrichtungen geschaffen und die Struktur des deutschen Einheitsstaates erhalten werden.

Außenminister Hull billigte das maßvolle Programm, sein Stellvertreter und Rivale Sumner Welles aber verschärfte es. Er forderte die Spaltung Deutschlands in drei Staaten.

Roosevelt schloß sich trotz anfänglicher Bedenken dem Teilungsplan an und befahl dem Außenminister Hull, auf der Moskauer Konferenz der alliierten Außenminister im Oktober 1943 die deutsche Spaltung zu empfehlen. Hull wußte jedoch in Moskau die Politik des State Department durchzusetzen, ohne mit den Anweisungen seines Präsidenten in Konflikt zu geraten.

Die Außenminister der Großen Drei beschlossen, in London eine Europäische Beratende Kommission (European Advisory Commission, abgekürzt EAC) zu bilden, in der britische, sowjetische und amerikanische Diplomaten mehrere Abkommen über die gemeinsame Verwaltung Deutschlands ausarbeiten sollten. Da aber Briten und Sowjets in der Frage einer deutschen Spaltung genauso skeptisch waren wie Hull, wurde dieses Problem nur "studienhalber" der EAC überwiesen.

Im Januar 1944 erhielt US-Botschafter John Winant, Amerikas Vertreter in der EAC, von Hull die Weisung, mit seinen Partnern den Mechanismus eines Alliierten Kontrollrats auszuarbeiten, der von Berlin aus alle Besatzungszonen einheitlich regieren sollte. Da rebellierten die amerikanischen Militärs gegen das State Department.

Auch das Kriegsministerium und sein Satellit, das Marineministerium, hatten inzwischen Deutschland-Pläne formuliert. Die beiden Militär-Ministerien stellten sich freilich die Besetzung Deutschlands anders vor als das State Department: Sie wollten in Deutschland nur eine kurze, wenn auch äußerst harte Strafexpedition gegen Nazis und deren Mitläufer führen; nach

acht Wochen sollte sich jedoch die Besatzungsarmee aus ihrer politischen Rolle zurückziehen und die Macht an einen zivilen US-Hochkommissar abtreten

Am ärgsten gerieten Diplomaten und Militärs bei der Formulierung der Vollmachten für den projektierten Militärgouverneur aneinander:

Das Kriegsministerium glaubte nicht an eine Zusammenarbeit mit den Sowjets und wollte daher dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungszone nahezu unumschränkte Vollmachten einräumen, das Außenministerium hingegen hoffte auf die Kooperation mit Moskau und war deshalb geneigt, den Militärgouverneur jeder Besatzungszone dem Alliierten Kontrollrat zu unterordnen.

Außenamt und Militär-Ministerien befehdeten einander so hartnäckig, daß sie einen gemeinsamen Ausschuß, das Working Security Committee (Arbeitsausschuß für Sicherheit, abgekürzt WSC), bilden mußten, um wenigstens nach außen eine gemeinsame Sprache zu finden. Praktisch aber blockierte das WSC die amerikanische Deutschland-Politik.

Das State Department verlor nicht nur die federführende Rolle in Deutschland-Fragen, die Vertreter der Kriegs- und Marineministerien konnten auch die Politik des Botschafters Winant in der EAC sabotieren, weil jeder Schritt Winants, jede Instruktion an den Botschafter zuvor von den Kriegs- und Marineministerien genehmigt werden mußte.

Die Kompetenzschlachten in Washington irritierten auch den Mann, der die Verantwortung in der künftigen US-Besatzungszone übernehmen sollte. Seit Wochen wartete General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Westeuropa, auf Instruktionen über das Verhalten im besetzten Deutschland.

Als die Instruktionen ausblieben, ließ Eisenhower ohne Rückfrage in Washington eigene Anweisungen formulieren. Sein Planungsstab arbeitete im Sommer 1944 ein "Handbuch für die Militärregierung in Deutschland" aus, das Besatzungsoffizieren als politischer Leitfaden dienen sollte.

Eisenhower nahm an, Amerika wolle in Deutschland eine maßvolle Politik einschlagen, und entsprechend schrieben die Verfasser des "Handbuches" ihre Art von Deutschland-Politik nieder: Unterscheidung zwischen Nazis und anderen Deutschen, Erhaltung des deutschen Einheitsstaates, wirtschaftliche Selbstversorgung Deutschlands, begrenzter Wiederaufbau.

Kaum aber hatte der General diesen dritten Deutschland-Plan der USA abgezeichnet und zur Genehmigung nach Washington geschickt, da tauchte in seinem Hauptquartier ein amerikanischer Politiker auf, der in allen bisherigen Deutschland-Projekten Verrat und Weichheit witterte. Finanzminister Henry Morgenthau, im August 1944 zu finanzpolitischen Verhandlungen nach England gereist, wollte die Deutschland-Politik entscheidend abändern.

Auf dem Flug nach England hatte er zum erstenmal von dem Deutschland-Plan des State Department gehört, und in Eisenhowers Hauptquartier spielte ihm Oberst Bernard Bernstein, ein ehemaliger Vertrauter Morgenthaus, das Handbuch zu.

Was Morgenthau da las, bestätigte ihm nur das alte Mißtrauen, wieder würden "diese Bestien", wie er zuweilen die Deutschen nannte, in Amerika mitleidige Freunde finden, die es ihnen unbewußt und ungewollt ermöglichen könnten, schon in kurzer Zeit die Welt in einen dritten Krieg zu stürzen. Mit den Deutschen mußte man anders umgehen: ohne Zerstörung der Industrie kein dauerhafter Friede, ohne Spaltung Deutschlands keine Sicherheit vor den Teutonen, ohne Schwächung des deutschen Volkes keine europäische Harmonie.

Henry Morgenthau machte sich daran, den Präsidenten für diese Konzeption zu gewinnen. Nach Washington zurückgekehrt, hielt er Roosevelt vor, dessen Minister und Botschafter ignorierten die Wünsche des Präsidenten.

Der Vorstoß des Finanzministers hatte im Weißen Haus Erfolg, weil Roosevelt seit Jahren gewohnt war auf die Ratschläge von "Henny-Penny" zu hören. Keiner seiner Minister stand dem Präsidenten näher als der Freund und Gentleman-Farmer Morgenthau, dessen Obstgut am

Hudson River bei New York Roosevelts Landsitz Hyde Park benachbart war.

"Wir sind zwei von der gleichen Sorte", schrieb der Präsident auf ein Bild, das er Morgenthau Ehefrau schenkte. Seit Roosevelts Eintritt in die Politik hatte ihm der "nette Kerl" zur Seite gestanden, zunächst als Organisator der Roosevelt-Anhänger im Landkreis Dutchess, dann als Agrar-Programmatiker des New Yorker Gouverneurs Roosevelt, schließlich als Finanzminister des Präsidenten.

Auch in Deutschland-Fragen vertraute Roosevelt dem Rat des Nachbarn, weil er ihn für eine Art Experten hielt. Die Morgenthau stammten aus Deutschland, Großvater Lazarus hatte in Mannheim Zigarren verkauft, ehe er 1866 nach Amerika auswanderte, Vater Henry noch als Grundstücksspekulant und US-Botschafter in Konstantinopel Mannheimer Stadtstiche aufgehängt.

Derlei romantische Arabesken verschleierten die Abneigung, mit der die Morgenthau der alten Heimat begegneten. Schon der Botschafter Morgenthau verabscheute die Deutschen und ließ sich von der alliierten Propaganda willig einspannen: Selbst nach 1918 hielt er sich für einen Kronzeugen der vermeintlichen Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg.

Die Deutschfeindlichkeit des Sohnes Henry stammte denn auch aus den Konstantinopler Tagen, da er bei seinem Vater als Privatsekretär diente und vertrauliche Kurierdienste zu Englands Außenminister Sir Edward Grey besorgte. Leidenschaftlich teilte er die Absicht seines Vaters, an Stelle des abwesenden Briten-Botschafters die Stellung Englands in Konstantinopel gegen die deutschen Hunnen zu verteidigen.

Damals hatte Jung-Henry ein unvergeßliches Erlebnis. "Ich erinnere mich immer eines Weihnachtsabends an den Dardanellen", erzählt er. "Da saß ein deutscher Offizier und schwang Reden; er konnte nicht wissen, daß ich Deutsch verstand. Ich hörte, wie er die Amerikaner in übelsten Ausdrücken beschimpfte. Das machte großen Eindruck auf mich."

Je mehr aber die Gewaltpolitik Hitlers die düsteren Prophezeiungen extremer Deutschenfeinde wahr machte, desto eifernder forderte Morgenthau, der deutschen Gefahr mit Brachialmitteln ein Ende zu bereiten. Ende 1943 erreichten Morgenthau die ersten sicheren Nachrichten über die Ausrottung des europäischen Judentums. Von nun an stand sein Entschluß fest: den traditionellen deutschen Staat zu beseitigen.

Roosevelt billigte die Vorstellungen Morgenthau und ermunterte ihn, einen Plan über die Behandlung Deutschlands auszuarbeiten. Mochten auch die Deutschland-Experten des Außen- und des Kriegsministeriums vor Radikalmitteln warnen -- Morgenthau war nicht mehr zu stoppen. Die Geschichte des Morgenthau-Plans hatte begonnen.<<

Der schweizerische Theologe Dr. Samuel R. Külling (1924-2003) berichtete im Jahre 1989 über die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" (x914):

>>**Freiheit – Gleichheit - Brüderlichkeit**

Entsprechen die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" biblischen Forderungen?

Man preist heute, nach 200 Jahren, die Proklamation der unveräußerlichen Menschenrechte der Menschenrechtserklärung der französischen Revolution 1789: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit".

Entsprechen diese Forderungen wirklich denen der Bibel und gehören sie zur göttlichen Schöpfungsordnung? Hier besteht weitgehend, auch bei bibeltreuen Christen, große Unklarheit. Darum sollen die drei Begriffe untersucht werden. Ich beginne mit der Gleichheit:

1. Gleichheit

Wie verhängnisvoll sich die Proklamation von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" auf Gleichheit auswirkt, zeigt der heutige **Feminismus**. Gott hat z.B. Mann und Frau **ungleich geschaffen**; also ist dies **seine Schöpfungsordnung** und alle **Gleichheitsideologie** in dieser Hinsicht ist nicht von Gott, sondern von unten. Wir merken ihre negativen Auswirkungen be-

reits heute in der Politik und werden sie noch deutlicher erkennen in der Zukunft, wenn sie vielleicht nicht mehr zu ändern ist.

Wir haben die negativen Auswirkungen der Gleichheitsideologie der französischen Revolution bereits einmal bei der Frage des neuen Eherechts besprochen und damals gesagt: "Zugunsten der Gleichheitsansprüche wird die Gemeinschaft der Ehe geopfert. Zwischen Gleichheitsansprüchen zweier unabhängigen Partner und der Gemeinschaft der Ehe gibt es nur ein Entweder - Oder."

Gott hat auch jeden Menschen **ungleich** geschaffen. Also ist der Ruf nach Gleichheit aller Menschen unbiblisch. "Es gibt keine größere Ungerechtigkeit als unterschiedliche Wesen identisch zu behandeln", sagte Montesquieu zu recht. Er schreibt: "Diese Unterschiede ignorieren oder aufheben wollen heißt, gegen das Wesen der Dinge angehen, heißt, der Ideologie weichen." Gewiß sind wir nicht gegen das Prinzip: "Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz".

Aber dieses Prinzip der "Gerechtigkeit" kann leicht zu neuer Ungerechtigkeit führen, wenn man nicht vom biblischen Menschenbild ausgeht. Und dies tat die französische Revolution nicht. Sie ging nicht von einem dem Schöpfungswerk entsprechenden vielfältigen, individuell ganz unterschiedlichen (jedes nach seiner Art) Menschenbild aus, sondern von einem uniformen, gleichgeschalteten. Gleichheit bedeutet für sie darum einheitliche Denk-, Glaubens- und Verhaltensweise. Und das ist eine der göttlichen Schöpfung radikal widersprechende Gleichheitsideologie. Dieses unbiblische Verständnis von Gleichheit zeigte sich besonders deutlich den Juden gegenüber.

Wohl wurden, besonders durch den Einfluß des radikalen Revolutionärs Robespierre, am 27. September 1791 zum ersten Mal in der Geschichte der Juden im Exil in Europa die Juden rechtlich den Nichtjuden gleichgestellt. Das hieß aber für die Juden, ihre Judentum weitgehend aufzugeben. Sie sollten nicht mehr als religiöse Minderheit mit eigener Religion, Kultur und Sprache leben. "Die Juden wurden emanzipiert, weil sie Menschen, nicht weil sie Juden waren" (Daniel Gerson in Jüdische Rundschau Nr. 28, 1989). Dieses Gleichheitsverständnis bezog sich auch auf andere Minderheiten. Gleichheit hieß für sie Gleichschaltung, Aufgabe ihrer individuellen Überzeugungen. Das zeigt sich sehr deutlich bei einem anderen der proklamierten Menschenrechte, der Freiheit.

2. Freiheit

Die Freiheit der französischen Revolution war nicht die biblisch verstandene Freiheit. Diese Freiheit war absolut nicht die Freiheit von aller Sklaverei. Sie war gebunden an das uniforme Menschenbild der Revolution. Und das war ein **atheistisches Menschenbild**.

Freiheit, losgelöst von göttlicher Autorität, wird zur Tyrannei durch Menschen, wie Wilhelm Hahn ausführte: (Hahn Christliche Weltrevolution. Stehen wir vor einer Spaltung der Christenheit, in Rupert Hofmann, Verlag Regensburg 1987). "Der Mensch soll sein Schicksal und das der Menschheit in seine eigenen Hände nehmen und eine menschenwürdige, ideale Welt schaffen! Das Reich der Gerechtigkeit und des Glücks für alle Menschen, die alle gleich sind, läßt sich von Menschen auf dieser Welt erreichen."

"Welchen Fanatismus das Ziel der Menschheitsbeglückung hervorgebracht hat (von Robespierre bis Marx, von Lenin, Stalin bis hin zu Hitler oder Pol Pot und schließlich Ajatollah Khomeini) wird erhellt aus dem folgenden programmatischen Wort Robespierres: 'Die Triebkraft der Volksregierung ist in Friedenszeiten die Tugend. Sie ist in Zeiten der Revolution zugleich Terror und Tugend: Die Tugend, ohne die der Terror unheilvoll ist, der Terror, ohne den die Tugend machtlos ist. Der Terror ist nichts anderes als das schlagfertige, unerbittliche, unbeugsame Recht. Er ist somit eine Emanation (Ausfluß) der Tugend'".

Darum war es auch gar keine echte Freiheit, auch wenn sie noch so lauthals verkündet wurde. Sie bestand in lauter Verboten, was die Glaubens und Gewissensfreiheit betrifft. Ist das etwa

Freiheit, die nur mit neuen Verboten (christliche Feiertage und Feste, bestimmte religiöse Handlungen usw.) gepaart war, gegeben von Menschen, die von göttlicher Autorität nichts wissen wollten, sondern einer "Göttin der Vernunft" (Demoiselle Maillard) huldigten, oder die das Volk zum Gott machten?

Wen wundert es, daß schon in den ersten Jahren nach der Emanzipation (besonders 1793/94) die jüdischen Gottesdienste meistens im Geheimen abgehalten werden mußten und es zu Verhaftungen von Rabbinern kam. Was ist das für eine Freiheit, wo nicht jeder nach seiner Überzeugung seines Glaubens leben kann?

3. Brüderlichkeit

Heute sollte man nach den Forderungen der Feministinnen "Schwesterlichkeit" sagen! Aber lassen wir den Ausdruck der Revolution stehen. Auch hier ist natürlich nicht an christliche Bruderschaft zu denken. Auch hier gibt es nur bedingte Brüderlichkeit.

Auch hier galten diejenigen, die die Gedankengänge und gottlosen Prinzipien der Revolution, ihr Bekenntnis ("die Existenz eines höchsten Wesens und die Unsterblichkeit der Seele") oder ihre ideologischen Kultfeiern usw. nicht guthießen, praktisch nicht als Brüder, sondern als unliebsame Außenseiter oder Fremdkörper im Staat, die man entweder als "quantité négligeable" (zu vernachlässigende Größe) überging oder gewaltsam zum Bruder machen wollte ("Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein"). Die Schreckensherrschaft Robespierres geschah sicher nicht im Sinn der Brüderlichkeit seiner Untertanen!

4. Was sagt die Bibel?

Aus obigen Darlegungen ist hervorgegangen, daß die französische Revolution mit ihrer Proklamierung von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" etwas anderes meinte als die Bibel und darum nicht christliche Begriffe oder Werte durchgesetzt hat. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann natürlich nur sehr beschränkt und lückenhaft darauf eingegangen werden, was wir von der Bibel her zu Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu sagen haben.

a) Freiheit

Nach der Bibel gibt es keine absolute Freiheit. Als das Volk Israel von der Knechtschaft in Ägypten befreit wurde, kam es zum Sinai, wo es lernen sollte, sich an das Gesetz Gottes zu binden. In Römer 6,15-7,6 sagt Paulus, daß der Gläubige freigemacht wurde von der Sünden-knechtschaft, aber zugleich Knecht der Gerechtigkeit wurde. "Jetzt dagegen, wo ihr von der Sünde frei und Knechte Gottes geworden seid, habt ihr als eure Frucht die Heiligung und als Endergebnis das ewige Leben." (Römer 6, 22)

Dieser zentrale Vers sagt alles. Die Proklamation einer ziellosen, zügellosen Freiheit ist völlig unbiblisch. Die Bibel lehrt uns keine Freiheit von aller Sklaverei. Sie lehrt uns, daß wir entweder "Sklaven" der Sünde oder "Sklaven" Gottes sind. Es gibt nur dieses Entweder Oder. Als Knechte Gottes haben wir als Ziel die Heiligung (in diesem Leben) und als Endergebnis das ewige Leben. Wir sind nie absolut frei, also haben wir auch keine solche Freiheit zu verkündigen.

Luther sagte es in dem Paradox: "Der Christ ist ein freier Mann und niemandem untertan. Der Christ ist ein dienstbarer Knecht aller und allen untertan". Freiheit vom mosaischen Gesetz bedeutet nicht Zügellosigkeit, sondern Gehorsam Christi, Gebundenheit an das Gesetz Christi (1. Korinther 9, 21). Biblisch verstandene Freiheit ist nur möglich durch die neue Gebundenheit an den Geist Gottes und seine Leitung (Römer 8, 14). Freiheit muß ein Ziel haben (verherrlicht Gott mit eurem Leibe (1.Korinther 6, 20), sonst wird sie nur Menschenknechtschaft (1. Korinther 7, 23).

Da diese Freiheitsproklamation der französischen Revolution kein solches Ziel hatte, wurde sie nur zur neuen Gebundenheit an Menschengebote und -verbote. Sklaven des Verderbens können nicht wahre Freiheit verheißen (sie verheißen ihnen Freiheit, sind dabei aber selbst Sklaven des Verderbens; denn von wem jemand im Kampf überwunden ist, dem ist er auch

als Sklave verfallen (2. Petrus 2, 19).

b) Gleichheit

Es gibt nach der Bibel nur eine Gleichheit, die für uns alle gilt, nämlich die von Römer 3, 10-19: Die ganze Menschheit ist dem Gericht Gottes verfallen! Und es gibt nur einen Heilsweg für uns alle: Die Gottes-Gerechtigkeit, die durch den Glauben an Jesus Christus für alle da ist und an alle kommt, die da glauben (Römer 3, 22). Denn hier gibt es keinen Unterschied; alle haben ja gesündigt und bleiben unteilhaftig des Ruhmes, den Gott verleiht; so werden sie geschenkweise durch seine Gnade gerechtfertigt infolge der Erlösung, die in Christus Jesus begründet ist (Römer 3, 23-24).

Hier ist es angebracht von Gleichheit zu reden. Aber davon redet die französische Revolution nicht. Und die Gleichheit, die sie verkündet, gibt es, wie wir ausgeführt haben, nicht. Sie führt nur zu neuer Ungerechtigkeit im Namen eines unbiblischen Menschenverständnisses von Gleichheit.

c) Brüderlichkeit

Die Bruderschaft im biblischen Sinn ist nur möglich durch den Vater im Himmel ("Vater" ist etwas anderes als "die Existenz eines höchsten Wesens" von Robespierre). Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des Schafotts! Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des atheistischen Genossen! Gott möge uns verschonen vor einer Zwangsbruderschaft! Gott möge uns auch bewahren vor einer Zwangsschwesterschaft des Feminismus! Gott möge uns bewahren vor einer Bruderschaft, die keine ist! Die Bruderschaft der französischen Revolution, **die die Vaterschaft Gottes leugnete**, ist keine Bruderschaft.

Und diesen Vater in Jesus Christus hat die Revolution ausgeschaltet. Sie wollte "Brüder", ohne den "Meister" anzuerkennen (Matthäus 23, 8).

Ihr Bruderbild war nicht das der Bibel: "dem Bilde seines Sohnes gleich zu werden: dieser sollte der Erstgeborene unter vielen Brüdern sein (Römer 8, 19).

Reden wir also nicht mehr davon, die französische Revolution habe "christliche Rechte" durchgesetzt. Sie war weit entfernt davon.

Vertiefen wir uns mehr in die Bibel, um zu erfahren, was sie über "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" sagt.<<

Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtete im Juni 1992 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1992 (x853/...): >>**Die Gleichheit - auch ein theologisches Problem**

Es dürfte ein Gemeinplatz sein, zu behaupten, daß die Menschen zwar nicht identisch, wohl aber "gleich", im Sinne von gleichwertig seien. Doch hüte man sich davor, wie uns schon Leon Bloy in seinem **Exegese des in lieux commung** gewarnt hatte, in Gemeinplätzen Wahrheiten oder Tatsachen zu sehen.

Doch sollte es eigentlich offenbar sein, daß wir eben nicht gleichwertig sind, da unsere Werke, die Produkte unserer Hirne und Hände, von einander sich sehr wohl qualitativ unterscheiden. Als Maler kann ich mich nicht mit Leonardo da Vinci messen und als Mechaniker sind mir meine Söhne überlegen. Auch hat meine Frau einen besseren Stil. Aber selbst dann, wenn man alle Talente, Fertigkeiten und Tugenden tatsächlich addieren könnte, wären die Endsummen verschieden, sogar oft sehr verschieden.

Da mag allerdings ein Flachkopf einwenden, daß dies zwar aus menschlicher Warte gesehen so sein möge, aber: "Vor Gott sind wir doch alle gleich: "Das aber sind wir, vom Kleinstkindstadium abgesehen, ganz und gar nicht.

Doch wie steht es da um die schönen al fresco gemalten Darstellungen des Jüngsten Gerichts in den mittelalterlichen Kirchen, auf denen man Päpste, Bischöfe, Fürsten, Bürger und Mönche sowohl himmelwärts gehend als auch in die Hölle versinkend sehen kann? "Soziale Unterschiede" werden da sicherlich keine gemacht, aber gerade vor Gott sind diese beiden Grup-

pen radikal ungleich. Steht das Gegenteil denn nicht in der Bibel? Keineswegs. Von *Isotes* im Sinne der Gleichheit hört man im Neuen Testament nichts (wohl aber von der Freiheit) und der Dominikaner R. L. Bruckberger nennt es sogar "eine Botschaft der menschlichen Ungleichheit."

Nun aber ist seit der Französischen Revolution die Gleichheit innerhalb unserer Zivilisation ein hohes Ideal geworden. Alles, was an eine größere menschliche Ungleichheit gemahnt, wird programmatisch verteufelt. Und da doch schließlich diesem Unsinn eine politische Ideologie zugrunde liegt, wird dieser irrealistische Gleichheitswahn in jeder Richtung aktiviert.

Es gibt heute keine politische, soziale, religiöse, wirtschaftliche, personale, ja animalische Domäne unserer Existenz, die nicht von der egalitären Manie erfaßt wird. (Es wird jetzt sogar von "Tierrechten" gesprochen, die aber noch nicht auf Bandwürmer, Spulwürmer und Zecken ausgedehnt werden.) Wenn aber diese fixe Idee tatsächlich erfolgreich werden sollte, würde die Menschheit in einen Ameisenhaufen oder Termitenhügel verwandelt werden.

- Hier müssen wir uns vor allem daran erinnern, daß die verschiedenen Teile unserer politischen und sozialen Gesamtheit wie beim menschlichen Körper nicht nur verschiedene, sondern auch wichtigere und weniger wichtige Funktionen ausüben. Nicht jede Region des Gehirns ist genau so wichtig wie jede andere: Der Dünndarm spielt eine geringere Rolle als der Blinddarm, die Gallenblase als die Leber, der Magen als das Herz, die Finger als die Zehen. Dasselbe gilt für Staat und Gesellschaft, wo - sagen wir - die Verantwortung des Finanzministers größer ist als die des Kassierers eines Panoptikums in einem Vergnügungspark.

- Seien wir aber nun praktisch. Denken wir an die Familie. Vater, Mutter, Kinder werden "gleichgestellt". Gatte und Gattin können aber nicht unter sich wie in einem Parlament eine "Mehrheitsentscheidung" treffen. Einer wird den anderen "überstimmen". (Das aber erregt vielleicht schon ideologischen Unmut.) Kindern muß man Vorschriften machen und von ihnen Gehorsam verlangen.

Kein Unternehmen kann nicht hierarchisch geführt werden. Keine Fabrik kommt ohne Führungskräfte aus; keine Armee kann auf Gleichheit beruhen, ohne Autorität gibt es keine Schule, keine Klinik kommt ohne Leitung aus, keine Bank ohne Vorstand, kein Hotel, keine Eisenbahn, kein Klub, kein Theater ohne "Direktoren", also Personen, die, wie der Name sagt, eine Richtung festlegen.

Damit kommen wir auch zur Kirche. Natürlich glauben auch wir katholische Christen an ein allgemeines Priestertum. Selbst ein Laie mag taufen und in der Ehe dem Partner ein Sakrament spenden, also zwei Sakramente - wie der evangelische Pastor.

Aber Priester kommt von *Prexbyteros*, d.h. der Ältere, und "der Ältere" ist bei allen Kulturvölkern der mit größeren Rechten ausgestattete; denn auch im nichtsakralen Sinn ist er der Wissendere, Erfahrenere und daher auch der Weisere. Das drückt sich auch sprachlich von Lissabon bis Tokio aus.

Der Priester kann 5 Sakramente spenden, auch die Firmung in Vertretung des Bischofs, der ein Nachfolger der Apostel ist. (Der verheiratete Priester in unseren Ostriten hat *vor* seiner Weihe geheiratet.) Es ist der Bischof, der das Vollpriestertum besitzt.

- Es versteht sich "von selbst" (und nicht nur aus Matthäus XVI, 18), daß eine Weltkirche ein Haupt haben muß, einen Nachfolger des Apostelfürsten, der diese auf Erden leitet. Anders steht es um die "Landeskirchen" der anderen christlichen Gemeinschaften. (So ist der Präses der EKD ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter.)

Doch diese verschiedenen handfesten Tatsachen bereiten allen möglichen Leuten, ja, einem ganzen Sektor des "Publikums" schlaflose Nächte. Man ist darüber sehr unglücklich und hofft auf "Lösungen". (Wie sagte doch Rivarol: "Das Publikum! Das Publikum!")

Wieviele Idioten braucht man, um ein Publikum zu bilden?") Aber warum verlangen heute wirklich so viele Menschen die Gleichheit? Woher kommt diese eigenartige Sucht?

Für diese Frage gibt es eine unmittelbare Antwort: Geschichtlich steht die Französische Revolution dahinter. Aber diese sollte uns nicht befriedigen. Der krankhafte Krampf der Gleichmacher ist nicht neu. Schon vor gut über 2.000 Jahren gab es den "Fall Sokrates", von dem man uns bereits im Gymnasium vormachte, daß dieser kritische Nörgler zum Tode verurteilt wurde, weil er die Jugend verführe und einen *Daimon(ion)* sein eigen nannte.

In diesem hochpolitischen Prozeß wurde jedoch der tragische Philosoph mit dem Tode bestraft, weil er die Vielherrschaft verdammt und die Monarchie gepriesen hatte. Die Demokratie Athens stand für die Gleichheit, und wer sich zu weit hinaufwagte, verfiel dem Scherbengericht, dem *Ostrakismos*.

Nein, die Ideen der Französischen Revolution zündeten, weil sie in Wirklichkeit nicht die Freiheit und die Brüderlichkeit förderten, sondern eben nur die Gleichheit. (Als Madame Roland zum Schafott gebracht wurde, rief sie aus: "Freiheit, was für Verbrechen werden in deinem Namen verübt!" Und als Metternich von den Greueln in der Vendee hörte, sagte er: "Wenn ich einen Bruder hätte, würde ich ihn jetzt lieber Vetter nennen!").

Der Zündstoff war also schon vorhanden und der bestand in einer dauernden menschlichen Schwäche: im Unwillen, daß andere auf irgendeiner Weise - durch angeborene Eigenschaften und Talente, durch ererbtes oder erworbenes Vermögen, staatliche oder gesellschaftliche Strukturen "über" einem standen - mehr waren, mehr hatten, als mehr galten. Dieser Unmut, diese Entrüstung und Enttäuschung, das zu einem Beleidigtsein, einem Gefühl des Neids und manchmal auch der Eifersucht führt, manifestiert sich bei allen möglichen Gelegenheiten.

So kann sich jemand ärgern, wenn ein Bekannter (ja, selbst ein "Freund") größer ist als man selbst, eine bessere schulische Bewertung erhält, eine schnellere Beförderung im Dienst, ein größeres Einkommen, eine deutlichere Bevorzugung beim anderen Geschlecht wenn nicht gar eine allgemeine Beliebtheit genießt, aber vor allem dann, wenn ein Mitmensch dadurch zu einer dominierenden Stellung gelangt.

Man kann sich da lebhaft vorstellen, wie provokant anno 1789 ein gut aussehender, reicher, von Frauen umschwärmter Aristokrat in hoher Stellung gewirkt haben muß. Daß man a) selbst zur Heiligkeit *berufen* ist, und b) der Beneidete nach seinem Tod vielleicht sehr zu leiden hätte, kam natürlich einem Ungläubigen gar nicht in den Sinn. Alle Ungleichheit mußte ihm als "unmoralisch" erscheinen, und der Ruf nach Gleichheit fand in ihm ein starkes Echo. Also Kopf ab! Die Guillotine wartete schon ...

Dieser Protest gegen alle Ungleichheit geht dann so weit, daß man große Vorteile eines anderen Menschen als wahren "Skandal" empfindet, auch wenn einem dadurch nicht der geringste Nachteil entsteht. So hat auf einer Berliner Straße während der roten Hochkonjunktur nach dem Ersten Weltkrieg ein Mann (vielleicht ein "Spartakist?") eine sehr schöne, ihm unbekannte Dame mit den Worten: "Nein, so schön darf man ganz einfach nicht sein!" geohrfeigt. Dabei konnte bei ihm doch das (unausgesprochene) idiotische Argument einer persönlichen Benachteiligung nicht ins Gewicht fallen. Ihre Schönheit ging doch gar nicht auf seine Kosten.

Das ist allerdings "normalerweise" das alte linke Argument jener Besitzlosen, die, überzeugt und moralisch entrüstet über den Reichtum anderer, der festen Überzeugung sind, daß deren materieller Wohlstand nur auf ihre eigenen Kosten gehen könne. Diesem Unsinn huldigte auch Marx - und daher auch der Siegeszug seiner primär so wirtschaftlich ausgerichteten Ideologie; denn die Massen fallen bekanntlich immer auf die "falschen, aber klaren Ideen" herein, vor allem aber in der Volkswirtschaft, die komplizierteste und kniffligste aller Wissenschaften.

II

Wenn man die ungeheuren persönlichen wie auch kollektiven Qualitätsunterschiede der Menschen vor Augen hat, kann man vernünftigerweise nicht von einem Durchschnittsbürger verlangen, daß er sich im Labyrinth der Volkswirtschaft auskennt oder auch in den Gefilden der

Politik, einem Wissensgebiet, das mit einem ganzen Dutzend anderer Disziplinen im engsten Zusammenhang steht und genau wie die Volkswirtschaft isoliert überhaupt nicht verstanden werden kann ...

Nun aber leben wir seit zwei Jahrhunderten im Bann der Französischen Revolution, die eine *Civitas Humana* und nicht eine *Civitas Dei* angestrebt hatte. (Daher auch 1789 und 1793 die wiederholte "Erklärung der Menschenrechte" im Schatten der Guillotine!) Der Mensch sollte nicht mehr unter der Herrschaft "von oben" stehen - war das Schlagwort -, sondern "sich selbst" regieren.

Das erhoffte man sich entweder durch Beschlüsse von Volksversammlungen (wie in einigen kleinen Schweizer Kantonen) oder doch wenigstens durch frei gewählte Parlamente. Wer aber durfte, wer sollte wählen? Natürlich die "freien Bürger"! Anfänglich beschränkte man deren Anzahl, und so hatten in den jungen Vereinigten Staaten von den dreieinhalb Millionen Einwohnern nur etwas mehr als 60.000 Bürger das Wahlrecht.

Doch wurde es zunehmend klar, daß alle Wahlbeschränkungen willkürlich waren. Bis zum Jahre 1907 (1908) gab es im alten Österreich (und in Preußen bis zum Oktober 1918) ein "Klassenwahlrecht", das sich nach der Höhe der Steuern richtete. Frauen durften damals nirgends wählen - außer im Großfürstentum Finnland, wo sie dank des von Nikolaus II unterschriebenen Dekrets schon 1906 ihre Stimme abgeben konnten - lange vor England oder den Vereinigten Staaten.

Mit dem Ende des Klassenwahlrechts kam der Sieg der Formel "*One Man: One Vote*", ein Mann - eine Stimme und bald auch eine zunehmende Herabsetzung des Wahlalters, denn Qualifikationen sollten nunmehr keine Rolle mehr spielen. Damit siegte auch die politische Gleichheitsideologie, die sich aber nicht bloß auf das Gebiet der Politik beschränken sollte; denn Ideologien haben einen dynamischen wie auch totalitären Charakter und wollen unbedingt in alle Lebensbezirke eindringen.

So empfand es der demokratisch gesinnte Sozialist (oder der sozialistisch gesinnte Demokrat) bald beschämend, daß der reiche Fabrikant in seiner teuren Equipage zum Wahllokal fahren durfte, der hungrige Arbeiter mit löchrigem Schuhwerk aber zu Fuß hinwanken mußte. Die Menschen waren doch alle "gleich" und wenn sie nicht wirklich als Gleiche leben konnten, so mußte dies durch Gesetze verwirklicht, und wo die Gesetze fehlten, dann durch Gewalt, also nicht durch den Stimmzettel, sondern durch Barrikadenkämpfe erreicht werden.

Heute aber gibt es kaum noch einen Existenzbereich, in dem man die Gleichheit nicht verwirklichen möchte, obwohl in Wirklichkeit immer noch die Verordnungen "von oben" her kommen.

Auch in den extremsten Wahldemokratien wird "von oben her" regiert, was freilich eine radikale Minderheit stört, wie z.B. die APO, die "Außerparlamentarische Opposition".

Man muß sich da aber vor Augen halten, daß "Herrschaft" erst durch die Erbsünde in die Welt gekommen ist - angefangen mit dem Vorrang des Mannes vor der Gattin. (Hierbei erwähnt die Heilige Schrift mit den Worten Gottes an Eva zum erstenmal eine Herrschaft: "Nach dem Mann wird dein Verlangen sein und er wird über dich herrschen!")

Zwar behaupten die meisten unserer Theologen, daß es auch ohne Erbsünde den Staat und nicht nur die Gesellschaft gegeben hätte, doch zählten wir in unserem Buch *Freiheit oder Gleichheit?* (Salzburg, 1953) die Gründe für den Dissens auf. So wie der Einzelne Eltern hat, hat er auch eine Regierung - eine rein existentielle Tatsache. Die illusorische "Selbstregierung" ist bestenfalls die Regierung einer Mehrheit über eine Minderheit und man gehört (zufällig) zur einen oder zur anderen. Wie "gut" ist aber eine solche "Selbstregierung"?

Sir Henry Campbell-Bannerman, britischer Premierminister und Gefangener einer Ideologie, erklärte allen Ernstes: "Eine Selbstregierung ist besser als eine gute Regierung." Das hieß aber auch, daß im Falle einer schweren Krankheit das eigenwillige quacksalbern besser wäre

als die Behandlung durch erfahrene Ärzte.

Doch für moderne Wahlen mit dem "Ein Mann - eine Stimme" - Prinzip braucht man heute die Fiktion der menschlichen Gleichheit. Die neunzehnjährige Geheimprostituierte hat in geheimen Wahlen dasselbe "Gewicht" wie der 59-jährige Geheimrat und Jurist. Eine Alternative im Einklang mit den herrschenden Ideologien gibt es nicht. Doch, wie wir schon sagten: Beim Wählen (wie auch bei der parlamentarischen Abstimmung) bleibt das Gleichheitsprinzip nicht stehen.

III

Schon in einem früheren Artikel erwähnten wir Bestrebungen, auch die Kirche "egalitär" umzugestalten. Vielleicht gäbe es schließlich in diesem Wunschbild Nonnen, die Beichte hören, Bischöfe, die von Pfarrern oder von Laien gewählt werden, Damen, die die Messe feiern, Mesner, denen die Firmung obliegt und schließlich sollte man womöglich "beim Papst" zum Kaffeeklatsch eingeladen werden. Ich könnte mir vorstellen, daß es Linkskatholiken gibt, denen solche "Reformen" nicht unerwünscht wären.

Doch bei den Hochschulen, die einst eine Art "weltlicher Kirche" bildeten, hat man in dieser Richtung bedeutende "Erfolge" erzielt, ja selbst in Spitälern, Fabriken und dergleichen mehr gibt es heute ein "Mitspracherecht", wobei - was für unsere Gleichmacherei bezeichnend ist, die Eignung, also das Wissen und die Erfahrung außer acht gelassen werden. Will ja der Egalitarismus primär alle "Herrschaft" beseitigen und den früher einmal "Beherrschten" das Gefühl geben, daß er an der Herrschaft beteiligt werde, wobei ihm aber verschwiegen wird, daß er nunmehr für alle Entscheidungen irgendwie auch verantwortlich ist.

Doch gerade diese, wenn auch "mikroskopische" Verantwortung sollte vor der Öffentlichkeit durch den geheimen Charakter der Wahl aufgehoben werden. (Daher konnte man das NSDAP-Mitglied, nicht aber den NSDAP-Wähler bestrafen!) So ist dann das Ganze eine delikate Spielerei mit Ziffern und Zahlen, weshalb Jorge Luis Borges uns sagen konnte, er glaube nicht an die Demokratie; denn sie wäre doch nur ein kurioser Mißbrauch der Statistik.

IV

Wenden wir uns nun aber zum Schluß dem Gleichheitswahn theologisch zu; denn er ist ein religiöses Problem. Im alten katholischen Kulturkreis wußte man, daß man hier auf Erden einem "Stand" angehörte (der keine Kaste war) und auch verändert werden konnte, meistens durch eigene Entscheidungen oder eigenes Zutun. Man war ein Bauer, konnte aber in die Stadt ziehen; denn "Stadtluft und Bürgersein machte frei". Der Bürger konnte ein Priester oder Mönch oder auch geadelt werden.

Aber was immer man war oder wurde, man versuchte, es "ganz" zu sein - ein Bauer, ein bürgerlicher Handwerker, ein Mann der Kirche, ein Adeliger, und das Ganz-Sein hieß dienen, vor allem Gott und hier auf Erden einem Berufsideal und einem Berufsethos wie auch der Allgemeinheit, was praktisch auch einem Herrn zu dienen bedeutete.

Vergessen wir da nicht, daß ein Minister (also "Dienender") einen sehr hohen Rang hatte, daß die "aufgeklärten" absoluten Monarchen sich als "höchste Diener des Staates" betrachteten und daß selbst der Heilige Vater "*servus servorum Dei*", also "Diener der Diener Gottes" ist. Da gab es Kirche, Staat und Gesellschaft und darin füllte man als *Person* (und nicht als "Individuum", was fast ein Schimpfwort geworden ist) eine spezifische Rolle aus. (Erinnern wir uns daran, daß *persona* vom etruskischen *phersü* kommt, von der Maske des Schauspielers, der eine spezifische "Rolle" zu spielen hat!)

- Es versteht sich da von selbst, daß wir da auf Erden mehr oder weniger wichtige, persönliche Aufgaben oder "Rollen" haben. Wie im Theater gibt es da Hauptrollen, Nebenrollen und Statisten, wobei freilich selbst ein Statist ein Stück böswillig oder aus Dummheit völlig zerstören kann. (Der Generaldirektor einer Eisenbahn kann ein hochwichtiger Mann sein; aber der Weichensteller, der versagt, kann zahllose Menschenleben auf dem Gewissen haben!) "Diener"

sind wichtig - für uns und auch vor dem HERRN.

So hatte auch der heilige Paulus nur Worte der Aufmunterung für Dienende wie auch für Sklaven in seinen Episteln, sie zur Treue gemahnt und nicht etwa zu einer lächerlichen "Selbstverwirklichung". (I. Korinther 7, 20-24, Epheser, 5, 8 Kolosser, 3, 22 bis 4, 1)

Doch der moderne ungläubige Mensch wiederholt das satanische *Non serviam* und beruft sich auf seine "Gleichheit", denn er leugnet die Ewigkeit und beschränkt seine Existenz auf das Erdenwallen.

Daher ist ihm seine radikal verkürzte Existenz *unter* einem Mitmenschen völlig unerträglich. Bezeichnend war da für mich im Jänner 1960 die Klage eines schwarzen Medizinassistenten in dem damals noch kolonialen Kongo. Er gestand mir, daß im nächsten Jahr die ersten schwarzen Ärzte promovieren werden. "Und dann," sagte er bitter, "wird mir einer dieser Leute Vorschriften machen können - dabei ist er aber genau so ein Schwarzer wie ich!"

- Nun lebt aber der moderne Ungläubige (wie wir alle) in einem horizontal ausgerichteten Universum, gefüllt mit angeblich "gleichen" Nebenmenschen, und nicht mehr in einer Ordnung, in der Gott-Vater im Himmel, der Heilige Vater in Rom, der Monarch als Vater des Vaterlands und der Vater als König in der Familie "vertikal" herrschten.

Wie weit der egalitäre Horizontalismus in unserem Jahrhundert gehen kann, beweist die Aussage des ansonsten klugen Sozialistenführers und "Friedensmartyrers" Jean Jaures, der gesagt hatte: "Wenn sich Gott in sichtbarer Gestalt manifestieren würde, dann sollte sich der Mensch weigern, ihn als Autorität anzuerkennen, und mit ihm lediglich als Gleichem unter Gleichen diskutieren."

Auch wenn die menschlichen Ungleichheiten bei Gruppen einen eher statistischen Charakter haben, sind sie in der Regel recht deutlich vorhanden, doch für den modernen Menschen auch aus ideologisch-politischen Gründen inexistent oder "unerträglich".

Interessanterweise waren auch Marx, Engels und Trotzki überzeugt, daß alle Menschen alle erdenklichen Talente hätten. (Bei den Internationalen und Nationalen Sozialisten gibt es eine besondere Gleichheit und wegen des "Anderssein" wird jeweils eine andere Kategorie verfolgt und vernichtet.) Es ist zwar offensichtlich, daß der Watussi (Durchschnittsgröße 1 Meter 85) und der Bambuti (Durchschnittsgröße 1 Meter 50) im Laufen verschiedene Rekorde erzielen, auch daß Frauen und Männer, Weiße und Schwarze, Ostasiaten und Maoris jeweils andere Talente, andere Intelligenzquotienten, andere Stärken und Schwächen besäßen, diese aber zum Teil kulturell, zum Teil aber auch biologisch bedingt sind. Das wird auch von den neuesten Hirnforschungen bestätigt.

Doch wer diese nackten Tatsachen heute aufs Tapet bringt, ist ein Nationalist, Rassist oder "Sexist". Eigentlich müßte man auch den Vertreter der Max Weberschen These von der "Protestantischen Wirtschaftsethik" als engen, sektenhaften Fanatiker abkanzeln.

- Doch ist die Gleichheit, die offiziell mit allen Mitteln gefördert, finanziert, erzwungen, vorgeschrieben wird, praktisch doch immer nur Norm und Gesetz geworden, wie z.B. bei den Wahlen. Wenn es auf Leben und Tod, um wirtschaftlichen Erfolg oder Bankrott, um Sieg oder Niederlage geht, hört sich der Spaß auf.

Wer das Geld hat, wird sich im Falle einer schweren Krankheit den besten Arzt leisten, der sich auftreiben läßt. Er wird keinen Kassierer zum Bankdirektor ernennen oder die Armee vor einer Entscheidungsschlacht von einem Rekruten befehligen lassen. Chancengleichheit?

Ein leeres Schlagwort; denn man müßte dann bei der Erbmasse und der Erziehung innerhalb der Familie anfangen. Gleichheit vor dem Gesetz? Sollte der Hungerige, der in seiner Verzweiflung für seine Familie Lebensmittel stiehlt, genauso vom Richter behandelt werden, wie der Playboy, der stiehlt, um seine Spielschulden zu begleichen? Nicht Gleichheit ist Gerechtigkeit, sondern der Grundsatz: "Jedem das Seine."

Doch der nicht wirklich Glaubende leidet durch den Mangel an Gleichheit. Es schmerzt ihn

wahrhaftig, unter der Kontrolle von Leuten zu stehen, die man als ihm überlegen betrachtet. Er ist darüber erbost, daß er sich nicht alles leisten kann wie sein Nachbar. Das heutige politische Modell schwebt ihm als Ideal vor.

In den Vereinigten Staaten ist man dem Beispiel Indiens nachgefolgt und läßt nunmehr auch Analphabeten wählen. So soll es aber überall im Leben sein; denn "wir sind ja alle gleich". Der Trost, daß mit dem Tod die Rollen völlig neu verteilt werden, ist für ihn nicht vorhanden. Somit ist für ihn auch das Leben sinnlos und "ungerecht" - alle Ungleichheiten sind doch Ungerechtigkeiten, oder nicht?

Was ihn da dauernd quält und peinigt sind die Mitmenschen, die ihn - so fühlt, ahnt und glaubt er - ein wenig verachten, hassen, übervorteilen, ihn verlachen, ihn übertreffen und in den Schatten stellen und dabei ist er "gerade so gut" wie alle anderen.

Gott ist für ihn tot, und so schaut er immer nur gebannt auf seine Nebenmenschen - nach rechts, nach links, nie aber "hinauf" oder in die weite Ferne. Bei dieser totalen Abhängigkeit triumphiert er zwar manchmal in diesem Tale der Tränen, doch meistens leidet er sinnlos bei dieser Konkurrenz mit den angeblich so "gleichen" Mitmenschen; denn was sie von ihm denken, ist doch unwesentlich.

Nur was Gott von ihm denkt, ist entscheidend. All dies erinnert so sehr an Sartres Drama *Huis-clos*, das in der Hölle spielt, und in dem der traurige Held die verzweifelten Endworte spricht: **"Die Hölle - das sind die Andern."**<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 10. August 1992 über den vom "Office of War Information" eingezogenen US-Umerziehungsexperten Billy Wilder, US-amerikanischer Drehbuchautor, Filmregisseur und Filmproduzent (x354/18): >>... Man wollte für den Tag nach Hitler ein Programm haben, Regeln, nach denen sich die Deutschen auf ihrem Weg zur Demokratie richten sollten. Und ich sollte an der Ausarbeitung dieses Programms mitarbeiten, sollte mich um die Leute in Deutschland kümmern, die wieder Filme machen wollten. Und sollte verhindern, daß ehemalige Nationalsozialisten weiter Filme machten.

Mit diesem Programm fingen wir noch während des Krieges an. ... Als man mich einzog, steckte man mich in New York auf eine Art Schule, wo ich auf meine Umerziehungsaufgabe vorbereitet wurde.<<

Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Mai 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 - 1994 über die "Neue Weltordnung" (x853/...): >>EUropa - "das gemeinsame Haus"?

... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen (360 oder 630 Mio.) Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigebahnhöfe schallen die Werbeslogans:

"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expreß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasia-land."

Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.

Andere sehen in dem konstruktivistisch-gnostischen Friedensreich EU vom Atlantik bis zum

Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expreß ohne Wiederkehr in die Heimat.

Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro 2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen.

Da die Zeit drängt und der Expreß schon an Geschwindigkeit zunimmt, hat sich eine volkspädagogische Euro-Lyrik und Integrations-Semantik über die Lautsprecheranlagen eingespielt, mit denen Fragen übertönt und Antworten gegeben werden, die nicht erfragt wurden.

Die Werbe-Slogans für das "Phalansterium Euro 2000" (Phalanstere, frz.: ist die Produktiv- und Konsumgenossenschaft und zugleich Lebensgemeinschaft der Frühsozialisten), von verschleiender Lyrik befreit, lauten etwa wie folgt:

1. Europa wird "christlich" sein, oder es wird nicht sein.
2. Europa wird "multikulturell/multinational" sein.
3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?
4. Europa wird eine "Union der Vaterländer" sein, oder wird es die "Vereinigten Staaten" sein"?
5. Das Haus Europa wird als "sozialer Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein.
6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschaftseinheit und eine "unkündbare" Währungs-gemeinschaft sein.
7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Weltreligion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein.

In dieser Situation offener Fragen, fehlender Antworten und widersprüchlicher Versprechungen erscheinen fast gleichzeitig neben zahlreichen anderen Titeln

Roland Baader, *Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt* (A. Tykve Verlag), 71005 Böblingen 1993, 249 S.

Bruno Bandulet, *Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform* (Langen, Müller, Herbig Verlag) München 1993, 172 S.

Johannes Rothkranz, *Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa, Bd. I u. II* (A. A. Schmid Verlag), 87467 Durach 1993, 632 S.

Alle drei Autoren rücken die europäische Idee und die europäische Wirklichkeit nach dem Maastrichter Vertrag unter vielfältigen Aspekten in das Blickfeld des Lesers.

R. Baader argumentiert überwiegend demokratie-theoretisch, staatsrechtlich-politisch. Er befaßt sich mit den Strukturen, Institutionen und Entscheidungsprozessen in der Wirtschafts-Union und im Super-Staat Europa.

B. Bandulet argumentiert ökonomisch, finanz- und währungspolitisch, wenn er die Kosten-/Nutzensseite Europas in den Mittelpunkt rückt.

J. Rothkranz schließlich geht der Sache auf den Grund, er fragt nach den EUropa zugrundeliegenden Ideen, Konstruktionsplänen und Baugenehmigungsverfahren aus ideengeschichtlicher Sicht, gestützt auf eine Überfülle von geschichtlichem Material verschiedenster Art.

1. Europa wird "christlich" sein?

Die Devise "Europa - christlich", die von den ersten drei Baumeistern (K. Adenauer, A. de Gasperi, R. Schuman) in den Umlauf gebracht wurde, wird an den Meinungsbörsen der Metropolen nur noch lustlos gehandelt, dementsprechend niedrig ist ihr Kurs.

Lediglich die Pan-Europa-Bewegung (O. v. Habsburg, S. Alber, MdEP), die "Sondersynode der Bischöfe für Europa", sowie einige vom ZK der Katholiken (R. Waschbüsch) Bewegte vertrauen noch dem inneren Wert der "Schuldverschreibung: Europa - Christlich" und werben

unter den praktizierenden Christen für die "Große Stadt, die ersteht", für "Europa in der Einen (!) Welt" oder für den "Konziliaren Prozeß" Richtung Ökumene der Weltreligionen mit dem universalen "Weltethos" (H. Küng), das den Frieden unter den Religionen und den Frieden unter den Nationen gewährleisten soll.

Eine Weltreligion soll es werden, die den Weltfrieden garantiert. Plakative Werbung unterscheidet allerdings oft nicht, ob die Trommel für die "Stadt Gottes" oder die "City of Man", für die "Stadt Babylon" oder das "Neue Jerusalem" gerührt wird.

- Das Europa-Parlament, das kein Parlament ist (R. Dahrendorf), sondern der "teuerste Gesangsverein Europas", hat die Probe aufs christliche Exempel nicht bestanden, als es am 12.3.1990 mit 3/4 Mehrheit (!) einen Entschließungsantrag an alle Mitgliedsstaaten annahm, die Abtreibung bis zum Eintritt der Geburt für "nicht rechtswidrig" oder "nicht strafbar" zu erklären. (Rothkranz, II, S. 544)

- Der Euro-Staat in Errichtung hat bisher weder eine Verfassung mit Menschen-, Grund- und Bürgerrechten noch eine Verfassungsgebende Versammlung der besten Fachleute Europas. Auch der Maastrichter Vertrag enthält in Art. B (Ziele der Union) keine ideellen, kulturellen oder religiösen Ziele.

- Das "Gemeinsame Haus Europa" - Haus ohne Hausordnung - ist nicht auf christlichem Fundament errichtet, ein Super-Staat ohne Verfassung ist ein monströses Konstrukt ...

2. Europa wird "multikulturell-multinational" sein

... Ob man sie kauft oder anbietet, sie ist da, die gemischte Gesellschaft. Auch der multinationalisierte Staat ist Realität. Die sogenannte doppelte Staatsbürgerschaft macht Ausländer zu Inländern. Seit 1993 leben 7 Mio. Nicht-Deutsche unter 80 Mio. Deutschen und verlangen/erhalten Gruppen-Rechte von ihren Gastgebern (Art. 20b GG, neu), die den Deutschen jegliche Integrationsanstrengungen untersagt.

- Menschen aus 60 (!) Nationen/Kulturen werden in deutschen Haftanstalten "resozialisiert", bevor sie sozialisiert werden konnten. Wer nach Dunkelziffern fragt, ist unhöflich, wer die Vermutung artikuliert, neben den 7 Mio. registrierten könnten noch weitere 7 bis 10 Mio. Ausländer "illegal" bei uns eingewandert sein, wird kurzerhand der "ausländerfeindlichen Gesinnung" verdächtigt und ausgegrenzt. "Überfremdung" war das "Unwort", das negativste, unaussprechlichste Wort des Jahres 1993.

Wo beginnt Überfremdung, bei 7 %, bei 21 %, bei?

- Den einen bedeutet "Multikultur" soviel wie Öffnung, Weite, Modernität, wie gegenseitige Bereicherung durch Austausch von Folklore, Backrezepten, Moden und Lebensformen, wie schiedlich-friedliches Zusammenleben auf den Etagen und Korridoren des "Gemeinsamen Hauses", jeder nach seiner Fassung, aber in unlimitierter Toleranz und Solidarität gegenüber den Mitmenschen (H. Geißler, D. Oberndörfer, R. Scholz/CDU, P. Glotz/SPD, J. Fischer, D. Cohn-Bendit/Grün-Alt., J. Trittin/ehem. KBW).

- Für Informierte und Wissende hingegen ist "Multikulti" der Code für Auflockerung, Vermischung, Integration der Religionen, Weltanschauungen, Lebenswelten, der Sprachen, Bewußtseinsinhalte, Wertmaßstäbe.

So erklärt z.B. der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels György Konrad am 13.10.1991 selbstgewiß:

"Der Nationalismus, aggressiv von Grund auf, ist eine Ideologie des Hasses und eine Europäische Krankheit. Der Nationalismus hindert die Menschen Europas, Europäer zu werden. Das Zusammenwachsen zu einer europäischen Nation unter einem Weltrecht, muß das Ziel der gegenwärtigen Nationen sein. Das Europa von Morgen ist nur als eine multikulturelle, multinationale Einheitskonstruktion (!) vorstellbar".

Dieser Appell ist an die Menschen in Deutschland und Europa gerichtet: das Zusammenwachsen muß durch Einheitskonstrukteure beschleunigt und befestigt werden. G. Konrad scheint

fest überzeugt, daß seine private Nationalismus-Theorie keine Ideologie und frei ist von Haß. Gegenwärtig können die Nationen Europas ihre Ziele noch selbst bestimmen.

Walther Leisler Kiep/CDU hält mit G. Konrad jedes Europa für "illusorisch", das an der Oder-Neiße-Grenze endet, das nicht alle Kulturen und Nationen zwischen Atlantik und Ural/Pazifik einbezieht und "integriert", ob sie wollen oder nicht. Was nicht zusammenwächst, wird zusammengeschmiedet mit Hilfe des Weltrechts und des ECU.

Bedenkenträger gegen diesen Kulturimperialismus/Internationalismus halten "Multikultur" für eine Absage an die christliche Kultur, an die gemeinsame Kultur Alt-Europas (Jerusalem - Athen - Rom). Lebenswelten, Lebensziele, Lebensführung sind eben kulturabhängig, und zwischen der Kultur der Briten, Franzosen, Italiener und Deutschen bestehen gewisse qualitative Unterschiede zu der der Kosovo-Albaner, Azeris, Tschetschenen, Muslime. Die Überformung und Einebnung dieser Unterschiede führt zum Kulturverfall, nicht zu einer neuen, integrierten, angereicherten Kultur.

- R. Baader ("Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt"), der die lebendige Alltagssprache liebt und vor Verschleierungsdeutsch warnt, sieht in "Multikultur" ein "sozialistisches Zersetzungsinstrument, mit welchem das nihilistisch-emanzipatorische Polit-Gesinde des Westens die europäischen Kulturen je einzeln - und somit auch die "Europäische Kultur" als Gesamtheit - auflösen und politisch 'entsorgen' will". (Baader, S. 22). "Multikultur" gefährdet die Offene Gesellschaft, ist "Sprengsatz" für die politische Union Europas (Baader, S. 25).

- Nach B. Bandulet ("Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform") kommt unausweichlich mit der "Multikultur", mit dem "Haus der offenen Tür", mit der Ent-Grenzung des Staates die Multikriminalität, die Explosion der Gewalt, das faktische Zurückweichen des Rechts vor der Gewalt, die Re-Barbarisierung der Gesellschaft ins Gespräch.

- J. Rothkranz ("Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa") hält "Multikultur" für ein Instrument zur Auswechslung des "Volkes" - die rassistisch-völkisch-nationale Uniformierung des "Volkes" Pan-Europas (Rothkranz, S. 553/55) stehe auf dem Programm der Bauherren eines konstruktivistischen Europas. Dieses Programm sei in der Charta von Paris für ein neues Europa am 21.1.1990 festgeschrieben. Dabei geht es weniger um das Zusammenwachsen als um das Zusammenschmieden der 12/16 Nationen unter einem "Europa-Recht".

- Vor dieser Illusion und Ideologie "Multikulturalismus" glaubt auch Bassam B. Tibi, Göttingen die Europäer und Deutschen warnen zu müssen: Multikultur bedeute "Abschied Deutschlands von der europäischen Zivilisation" und Verlust der "kulturellen Identität" der Deutschen. (FAZ, 11.1.1994)

- In ähnlich eindeutiger Weise äußert sich auch die Tageszeitung "Israel-Nachrichten", Jerusalem (Nr. 64/93) zum Einwanderungsthema:

"Schuld an diesem Problem ist auch das Ausland, das von den Deutschen Dinge verlangt, die in anderen Staaten nicht praktiziert werden. Kein Land hält seine Grenzen schrankenlos offen", und weiter "die deutschen Politiker reagieren weltfremd, heuchlerisch und feige" und schließlich "1993 war auch ein Jahr der großen Angst. Die Unsicherheit im täglichen Leben wächst ständig. Man traut sich nachts nicht mehr aus dem Haus. Soweit hat es dieser Staat mit seiner gefühlsdusseligen (!) Nachsicht gegenüber Rowdies und Gewaltverbrechern gebracht." Wie gesagt, die von deutschen Juden in Israel herausgegebenen "Israel-Nachrichten", nicht die deutsche "Nationalzeitung" äußern sich so.

Die geschichtlichen Erfahrungen mit konstruktivistischen Vielvölker-Unionen (SU, Balkanstaaten, Libanon, Los Angeles) sind unheilverheißende Zeichen auf der Wand und warnen die Euro-Illusionisten, die Spekulation in die "Aktie EUropa multikultura" weiter anzuheizen. Mit dem Papier könnten die Spekulanten selber abstürzen.

Weltfriedensreiche für 100 oder 1.000 Jahre zu errichten, ist Aufgabe von Propheten, Religionsstiftern und Missionaren. Politiker sollten sich damit bescheiden, die Inflations-, Arbeitslosigkeits-, Kriminalitäts-, Staats- oder Abgabenquote um 2 % zu senken.

Nach Karl Popper, dem Verteidiger der "Offenen Gesellschaft" gegen ihre "Feinde", ist von allen Ideen der Wunsch, die Menschen vollkommen und glücklich zu machen, am gefährlichsten. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle. Der aufgeklärt-mündige Bürger setzt sein Vertrauen auf Realpolitik, nicht auf "gefühlsdusselige" Politikabstinenz oder nationalmasochistische Einebnungsbemühungen der gerade Herrschenden. Keiner auf der Welt wird reicher, wenn die Deutschen ärmer gemacht werden, damit der Chimäre Nationalismus keine Hörner wachsen.

3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?

Bundeskanzler H. Kohl, der 1991 die europäische Einigung als das "Herzstück der Politik" seines Kabinetts bezeichnete, konnte sich ein geeintes Europa nur als ein "demokratisches" Europa vorstellen, in dem Demokratie und Rechtsstaat unauflöslich mit der europäischen Idee verbunden bleiben. Bei Verleihung des Bayerischen Verdienstordens bekräftigte er, daß er keinen Euro-Zentral-Staat wolle: "Dieses Europa wird 'föderal' sein oder es wird nicht sein." (24.1.1994)

Zwei Jahre lang hatte der Bundeskanzler Zeit, den Vertragstext von Maastricht zu lesen und nach "demokratisch-föderalen" Spurenelementen darin zu suchen. Was er den Bayern referierte, gehört in die Rubrik "Mythen, Sagen und Legenden aus dem Brüsseler Schatzkästlein". Der Kanzler selbst hat mit den anderen elf Regierungschefs für die Deutschen den Vertrag von Maastricht ausgehandelt.

Straßburg soll entscheiden, ob Homosexuellen-Duos rechtlich den bürgerlichrechtlichen Ehen gleichgestellt werden.

Brüssel soll entscheiden, welche Krümmung Euro-Bananen/-Gurken, welche Maße der Sitz auf Euro-Trecker und der Euro-Kondom haben müssen/dürfen. Bonner Parlamentarier wollen sich nicht länger mit "Petitessen", sondern mit wirklichen Problemen von Weltmaßstab befassen.

Die Bundestagsfraktion von CDU/CSU (Hornhues) plädiert für ein taktisches Zurückweichen von den (abschreckenden) Begriffen "Bundesstaat" und "Vereinigte Staaten". Das "Ausmaß des Souveränitätsverzichts der nationalen Parlamente", das ist die Einschränkung oder Abschaffung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen durch den Deutschen Bundestag sei nach Maastricht erst noch fraktionsintern (!) und dann im Bundestag festzustellen.

Die Aussagen des Grundgesetzes zum Souveränitätsverzicht Art. 20 GG und speziell zur sogenannten Ewigkeitsklausel des Art. 79 (3) GG werden in der CDU/CSU-Fraktion und im Deutschen Bundestag sicherlich mitberücksichtigt, wenn es um Verschleierungs-Taktik geht, denn noch ist das Bundesverfassungsgericht nicht durch den Europäischen Gerichtshof "entrechtet".

Das BVerfG hat am 12.10.1993 nicht geprüft, ob durch den Vertrag von Maastricht die Souveränität des Staates Bundesrepublik Deutschland abgeschafft oder nur in rechtlich zulässiger Weise eingeschränkt wurde.

Der Frage, wie "demokratisch" Europa schon ist und nach Maastricht sein wird, sind alle drei Autoren, unterschiedlich argumentierend, nachgegangen.

Die Antwort kann vorweggenommen werden: Europa wird keine gewaltenteilende, machtbegrenzte, herrschaftskontrollierende Demokratie sein. Im Vertrag von Maastricht fehlen (fast) alle Verpflichtungen zur Demokratisierung der Institutionen oder Entscheidungen in Straßburg bzw. Brüssel.

- R. Baader formuliert hier wiederum erfreulich präzise: Der "Euro-Super-Staat in Errichtung" hat keine Verfassung, alle Tendenzen laufen auf die Struktur eines Bundesstaates hinaus mit

"absolutistischer Machtvollkommenheit" der 12/16 Regierungschefs bei gleichzeitiger Entdemokratisierung der 12/16 Mitgliedsstaaten.

Im einzelnen:

Der Minister-Rat wird nicht gewählt, sondern von den 12/16 Mitgliedsstaaten gestellt. Bundeskanzler Kohl entsendet Herrn Kohl und Herrn Waigel in den Minister-Rat. In Bonn gehörten der Kanzler und der Finanzminister zur Exekutive, in Brüssel zur Legislative. Zu legislativen Kompetenzen ist der Minister-Rat demokratisch nicht legitimiert. Die "feierlichen Beschlüsse" entbehren zumeist der Legitimation, in der rechtsstaatlichen Demokratie haben Regierungschefs und Kabinettsmitglieder nichts zu "beschließen" (Rothkranz, S. 16), es sei denn, sie beschließen zurückzutreten.

- Die Europäische Kommission als zweites Gesetzgebungsorgan und gleichzeitig als Spitze der EU-Verwaltung (Exekutive) besteht aus derzeit 17 Kommissaren, die von den 12 EU-Regierungen "ernannt" werden (Art. 158 MV). "Ernennung" ersetzt in der Euro-Demokratie die demokratische Legitimation.

Auf gleich schwachen demokratischen Füßen steht die "Autonomie" der Europäischen Zentralbank und die "Unabhängigkeit" des Europäischen Gerichtshofes. Die Judikative des Euro-Staates (13 Richter und 6 Generalanwälte) wird von den 12/16 nationalen Regierungen "ernannt" (Art. 167 MV), nicht von Richterwahlausschüssen gewählt.

Zur "Unabhängigkeit" der Europäischen Zentralbank hat Ministerpräsident Mitterand zu verstehen gegeben, daß die EZB ausführendes Organ der Regierung sein werde, daß er und seine Regierung sich an Art. 7 des Protokolls über die EZB nicht gebunden fühlen. Frankreich hat eben ein anderes Verhältnis von Demokratie und "Autonomie".

Die 12/16 Regierungschefs erscheinen als absolutistische Herrscher mit fast schrankenloser Machtvollkommenheit ausgestattet. Aber auch dieser Eindruck täuscht. Über dem Parlament, das nichts zu sagen hat und über Minister-Rat und Euro-Kommission, die viel zu sagen, aber keine demokratische Legitimation vorzuweisen haben, "thront" als Super-Legislative der Europäische Rat der 12/16 Regierungschefs, der zweimal jährlich beschließt, was der Minister-Rat zu beraten und zu beschließen hat (Art. J. 8 MV).

Der Europäische Rat, so beschreibt es eine Informationsbroschüre 1990, "berät ohne feste Regeln", "locker", in "absoluter Vertraulichkeit" und "ohne förmliches Protokoll", er "unterrichtet" danach das Europa-Parlament über Ergebnisse der Beratung.

- Die Beratungs- und Beschlußvorlagen erhält der Europäische Rat von COREPER, dem "unbekanntesten Wesen" Europas, das nach R. Baader neben der Europäischen Kommission die Spitze der bürokratisch-zentralistischen Euro-Diktatur darstellt. ...

Man liest es dreimal, ein Ausschuß von 24 Botschaftern, Gesandten und Ministerialbeamten beschließt, was zu beschließen ist und führt aus, was der Rat in Auftrag gibt. Natürlich arbeitet COREPER eng mit der Kommission zusammen - schon vor Beschluß und bei Ausführung des Beschlusses - ganz demokratisch bevollmächtigt.

- Es drängt sich die Frage auf, von wem denn COREPER die Beratungs- und Beschlußsachen vorgelegt bekamen. Aber vor soviel "absoluter Vertraulichkeit" und angesichts der filigran feingeknüpften Fäden zwischen den "Brüsseler Spitzen" vor und "hinter den Kulissen" kann sich der Euro-Bürger solch impertinente Fragen nur versagen und in demokratischer Ehrerbietung sein Haupt verneigen.

Das Europa-Parlament in Straßburg/Brüssel ist als "Vertretung der Völker Europas" gedacht. Es übt Beratungs- und gewisse Kontrollbefugnisse aus und ist am Rechtssetzungsprozeß "beteiligt", heißt es in den 28 Mio. DM verschlingenden Werbeprospekten für EUropa "wie es swingt und lacht".

- Richtig ist, daß dieses "Parlament" kein Parlament ist und bei der Rechtssetzung nichts zu sagen hat. Es kann insbesondere keine Gesetze einbringen, beraten, verhindern, es kann die

Regierung (Kommission/Minister-Rat) nicht abwählen (Art. 160), und es kann nicht über die Einnahmen des EU-Etats befinden.

- Richtig ist auch, daß die Sitzverteilung im "Parlament" extrem ungerecht (undemokratisch) zu Lasten der Deutschen vorgenommen wurde:

1 Abgeordneter Luxemburgs vertritt 60.000 Luxemburger

1 Abgeordneter Belgiens vertritt 410.000 Belgier

1 Abgeordneter Frankreichs vertritt 700.000 Franzosen

1 Abgeordneter Deutschlands vertritt 1.000.000 Deutsche

Ein Wahlkreis in Deutschland ist also 16mal größer als in Luxemburg, 2 1/2mal größer als in Belgien und um ca. 40 % größer als in Frankreich oder England. Um des Friedens willen gibt sich "Michel" mit dieser diskriminierenden Sitzverteilung zufrieden, hat er doch den 2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen und verloren - und "Marianne" hat immer Recht.

Noch ist nicht gesichert, ob den Deutschen nach der Vereinigung mit Mitteldeutschland weitere 18 Sitze im Straßburger Parlament zugebilligt werden. Deutschland ist nämlich um 17 Mio. Einwohner größer geworden, während England, Frankreich und Italien bei rd. 57 Mio. stehen geblieben sind.

Frankreich läßt sich dieses Zugeständnis mit deutschen Millionenbeträgen für die Miete des Straßburger Parlamentsgebäudes "bezahlen", Demokratie hat eben ihren Preis. ...

Richtig ist weiter, daß diese "Vertretung der Völker" in zwei repräsentativen Parlamentsgebäuden tagt, aber nicht aus zwei Beschlußorganen wie etwa Oberhaus/Unterhaus oder Bundestag/Bundesrat besteht, daß sie also ein erhebliches Maß an Demokratiedefizit aufzuweisen hat. Zum Abbau dieses Defizits an Demokratie und zur Förderung der Politischen Union wurde in Maastricht die Gründung des "Ausschuß der Regionen" als "tragende Säule der Europäischen Union" beschlossen. Dieses neue Organ konstituierte sich am 8./9. März 1994 in Brüssel.

Vereinbart wurde, daß Deutschland in diesem Ausschuß 24 von 189 Sitzen erhält, also ein Stimmgewicht von 12,7 % bei einer Zahllast von rd. 30 % der Kosten für Europa bekommen soll. Die "Region Bayern" ist in diesem tragenden Organ mit einem, höchstens zwei Abgeordneten vertreten, um Interessen der Bayerischen Motoren- oder Brau-Werke zu vertreten. Der geplante Beitritt weiterer Staaten Ost-Europas verringert das Stimmgewicht und erhöht die Zahllast der deutschen "Region".

Sir R. Dahrendorf, Oxford hält den Vertrag von Maastricht nicht für einen Einigungs-, sondern für einen Spaltungsvertrag, gegen den sich in England und überall Widerwille erregt. Zumindest den desillusionierenden Terminus "irreversibel" möchte R. Dahrendorf aus der Euro-Semantik gestrichen sehen.

Sein Appell "Europa muß (!) demokratisch sein - oder es hat keine Zukunft" (SPIEGEL, 3.1.1994, S. 28/9) wird durch zahlreiche Wissenschaftler gestützt, z.B. durch die "European Constitutional Group" (13 Wissenschaftler aus europäischen Forschungseinrichtungen), die 10 erhebliche verfassungsrechtliche "Webfehler" am Maastrichter Vertrag, speziell an der Politischen Union entdeckt hat (FAZ, 28.8.1993).

4. Europa wird eine "Union der Vaterländer" sein - oder wird es die "Vereinigten Staaten" sein?

Von einem "Europa der Vaterländer" (Ch. de Gaulle) ist von Europolitikern aller Couleur nichts mehr zu hören, seit Maastricht entwickelt sich der Euro-Staat zu einem zentralistischen Bundesstaat ohne Einfluß des Euro-Parlaments, des "Ausschuß der Regionen" und der noch bestehenden Parlamente der Nationen. Der Ausstieg Dänemarks und Englands und die äußerst schlappe Zustimmung der Franzosen zum Maastrichter Vertrag (bei einer Wahlbeteiligung von 70,6 % votierten 51 % für Maastricht = 36 % der wahlberechtigten Franzosen) hat den Trans-Europa-Expresß nicht zum Halten, eher schon zu einer Beschleunigung der Geschwin-

digkeit gebracht, nicht zuletzt durch Drängen Bundeskanzler Kohls.

Bundespräsident R. v. Weizsäcker umriß beim Empfang des Diplomatischen Corps die gegenwärtige Europa-Politik mit folgenden Worten: "Das außenpolitische Ziel Deutschlands sei das vereinte Europa." Dieses Europa sei die "Einigung unseres Kontinents", nicht "saturierter Zustand", sondern "dynamischer Prozeß".

Die Deutschen haben sich auf die lange Reise, nicht auf das Ziel einzustellen, denn, so der Bundespräsident, "Europa muß 'mehr' werden als ein Europa der Vaterländer" -. Alle Völker sollen daran Anteil haben.

Unser Bundespräsident hat Sinn für Visionen. Die Vision deutscher Außenpolitik nach Maastricht ist ein Kontinental-Europa ohne Grenzen, ein grenzenloses Groß-Friedens-Reich gemäß der Euro-Hymne "Seid umschlungen Millionen ... Brüder".

Nach der Überwindung der alten Trennungslinie durch den Kontinent dürfe es keine neuen Gräben geben. Vielmehr müsse deutsche Außenpolitik Kontinental- und Globalpolitik werden und die Versorgung bzw. die Lebenschancen für "alle" Erdbewohner zum Ziel haben. (Bulletin 18.1.1994, S. 27)

"Mehr" als ein "Europa der Vaterländer" ist ein Bundesstaat Europa oder ein Welt-Staat für alle Erdbewohner, in dem sich deutsche Politik um die Versorgung und Verbesserung der Lebensqualität "aller" 6 Mrd. Erdbewohner verantwortlich fühlt.

- In der Vision unseres Bundespräsidenten ist der Euro-Zentralstaat nach Maastricht nur eine Vor- oder Zwischenetappe auf der "langen Reise" zum Ziel: Eine-Welt-Staat, in dem dann durch "aktive solidarische Beteiligung" der Deutschen "Menschheitsprobleme durch die Weltgemeinschaft" bewältigt werden. Der Bundespräsident gibt damit der deutschen Außenpolitik eine ganz neue ganzheitlich-global-planetarische Zielperspektive.

Von den Kosten der Versorgung und der Verbesserung der Lebensqualität "aller" Erdbewohner sprach der Präsident nicht, aber eine deutsche Außenpolitik, die als Welternährungspolitik und Weltsozialpolitik Welt-Sozialstaatspolitisch nach Schwedens Vorbild verstanden wird, ist ohne Umverteilung von Nord nach Süd und von West nach Ost leeres Versprechen.

5. Das "Haus Europa" wird im "sozialen Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein

Das Ziel der europäischen Sozial-Union ist es, den "sozialen Fortschritt durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu fördern", die "Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken" und "dem relativen Wohlstand der Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen". (EU-Vertrag Protokolle, S. 237 ff.)

Weiterhin aber auch "Hebung der Lebenshaltung" in den Mitgliedsstaaten, insgesamt also die "Verbesserung und 'Angleichung' der Lebensbedingungen". (Art. 117 EG-Vertrag)

"Angleichung" wird so verstanden, daß den unterdurchschnittlich Wohlhabenden dazugegeben, was den überdurchschnittlich Wohlhabenden weggenommen wird - ganz sozial - sozialistisch.

Der EU-Vertrag schafft die Voraussetzungen eines gigantischen Umverteilungskarussells von Norden nach Süden. Zur Erreichung dieses "Sozialziels" werden in Brüssel Umverteilungsfonds in großer Anzahl als "Struktur- oder Kohäsionsfonds" errichtet.

Aus diesen Fonds erhalten die "schwächeren" Staaten, Regionen, Wirtschaftszweige jährlich Euro-Subventionen (vgl. Art. 123 EG-Vertrag) in großem Umfange (rd. 22 Mrd.) als Geschenk.

Als "schwach" wurden solche Länder definiert, die ein Pro-Kopf-Sozialprodukt von weniger als 90 % des durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-Sozialprodukts erreichen. Wer also 10,1 % weniger Wohlstand hat als der EU-Durchschnitt, ist "arm", wer mehr als 1 % über dem Durchschnitt liegt, ist "reich".

Nach den natürlichen, historischen, ökonomischen oder politischen Ursachen dieser relativen

Unterentwicklung und Ungleichheit wurde dabei nicht gefragt.

Das bedeutet aber für die wohlhabenderen Mitgliedsstaaten eine höhere "Besteuerung" ihrer Leistung. Die Bestrafung der Leistungsfähigen, so wird unterstellt, wird ihre Solidarität mit den "Schwachen" nicht schwächen.

- Die "schwachen" Länder und Regionen der EU sind zufällig auch die, die dem leistungsfeindlichen Sozialismus/Kommunismus frönen, nämlich Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Italien und Frankreich. ...

Im 20-Jahresdurchschnitt streikten die italienischen Arbeitnehmer 26mal so viel und die spanischen Arbeitnehmer 17mal so viel wie die deutschen Kollegen.

Wer in der EU wenig leistet und oft streikt, erhält viel Strukturbeihilfen aus Brüsseler Fonds, wer in die "Hände spuckt und das Sozialprodukt hebt", erzeugt unerwünschte Wettbewerbsverzerrungen und wird Nettozahler auf dem Umverteilungskarussell. Auf diese Weise will der Minister-Rat die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten stärken, die Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen und die Streikfreude "vergolden".

Zu den "starken" Staaten zählen Deutschland, England, Frankreich und Italien. Diese sind Nettozahler, jene Nettoempfänger aus den Fettöpfen der EU.

Im Jahre 1992 hatte die EU rd. 137 Mrd. DM Ausgaben; bis 1999 sollen diese verhältnismäßig moderat auf 165 Mrd. DM, also um ca. 22 % (in 7 Jahren) steigen, nach zweistelligen Wachstumsraten in den vorausgegangenen Jahren.

Von den 137 Mrd. Ausgaben zahlte Deutschland alleine 36 Mrd. = 26 % (brutto).

- Nach dem Bundesbankbericht Nr. 11/93 war Deutschland 1992 mit 19,4 bis 22 Mrd. DM größter Nettozahler - Zahlmeister der EU. Großbritannien erhält auf die Euro-Fahrkarte einen Sozialrabatt von 60 % und zahlt statt 10,7 nur 4,7 Mrd. DM, Frankreich ist Nettozahler von 2,8 Mrd. und Italien von 1,0 Mrd. DM.

Deutschland zahlt also rd. 30 %, mit der Tendenz zu 38 % der EU-Ausgaben

Deutschland zahlt das 6 1/2fache von Frankreich

Deutschland zahlt (netto) 2 1/2mal mehr als Frankreich, England und Italien zusammen zahlen

Deutschland zahlt 1,5 Mrd. DM mehr, weil England 6 Mrd. DM Preisnachlaß durchsetzen konnte.

Diese Lastenverteilung soll die "Solidarität zwischen den Mitgliedern der EU stärken", die Lebensbedingungen angleichen und die Lust auf Europa verstärken.

Im gleichen Jahr erhielten

Irland rd. 4 Mrd.

Portugal 4 Mrd.

Spanien 5 Mrd.

Griechenland 7 Mrd. = insgesamt 20 Mrd. DM aus dem EU-Haushalt.

Damit sollen Verkehrswege, Rohr- und Kabelnetze in den sozialschwachen Staaten gebaut werden, um so die Produktivität und das Einkommensniveau dieser Staaten und die "Lebenshaltung" der Griechen, Süditaliener, Spanier und Portugiesen zu "heben".

Dafür werden in den nächsten 6 Jahren 800 Mrd. DM benötigt - davon 33 % von Deutschland aufzubringen.

Deutschland "exportierte" also allein in 1992 zwischen 38.000 und 44.000 Arbeitsplätze ans Mittelmeer, wenn man unterstellt, daß ein deutscher Arbeitsplatz 1/2 Mio. DM kostet.

- Schließlich drängt sich die Frage auf, warum Deutschland den vier "schwachen" Ländern die 19-22 Mrd. DM nicht direkt überweist, erst Brüssel dazwischenschaltet. Das könnte erstens die Solidarität der vier Beschenkten mit dem Schenker erhöhen, das könnte zweitens einige von den 25.000 Umverteilungsplanstellen in der Brüsseler Beamtenhierarchie einsparen, und das könnte schließlich die Empfängerländer daran gemahnen, daß auch bei der Flüchtlings-,

Asyl- und Einwanderungspolitik (Art. K 1 EU-Vertrag) Solidarität, Zusammenarbeit und gerechte Lastenverteilung zur "Erreichung der gemeinsamen Ziele der Union" gefordert sind. Auf diesem Gebiet besteht zwar kein Demokratie-, wohl aber ein Gerechtigkeitsdefizit und großes Sozialdefizit.

Deutschland hat bis 1992 insgesamt 177 Mrd. DM in die Euro-Fonds eingezahlt und wird bis 1999 weitere 200 Mrd. einzahlen müssen, rd. 100 Mrd. DM mehr als ihm im Versailler "Vertrag" aufoktroiert wurden. B. Bandulet: "Maastricht, das ist Versailler Vertrag ohne Krieg". In den Augen prominenter französischer Politiker (Ph. Seguin, M. Rocard) ist die Europäische Union ein Instrument, um Deutschland zu fesseln.

Aber Deutschlands Solidaritäts-, Friedens- und Wiedergutmachungsabgaben fließen nicht nur in den Süden, sie fließen auch - jetzt schon - nach Osten:

8 Mrd. gingen nach China (Kanton),

70 Mrd. erhielten die GU-Staaten, noch mehr sind in Aussicht gestellt,

100 Mrd. und mehr erhielt Israel,

25 Mrd. erhielt Polen, die Hälfte davon als Geschenk,

12 Mrd. erhielten die Westalliierten des Irak-Krieges,

13 Mrd. erhalten die sogenannten östlichen Reformstaaten, die in freien Wahlen die ehemaligen Kommunisten wieder zur Herrschaft berufen.

Milliardenbeträge sind als Wiedergutmachung den jugoslawischen Nachfolgestaaten und dreistellige Millionenbeträge sind als Wiedergutmachung den palästinensischen Autonomgebieten in Aussicht gestellt worden - durch Herrn Möllemann (FDP) höchstpersönlich und ganz spontan-uneigennützig (WN 15.2.1994).

J. Möllemann weiß auch, daß aus den bundesdeutschen Kassen, die Finanzdefizite von 2.000 Mrd. DM aufzuweisen haben, keine Spenden und Völkerverständigungsgeschenke verteilt werden können, ohne den deutschen Steuerzahler noch ein wenig mehr zu schröpfen.

- Unsere Volksvertreter nehmen sich das Recht, ohne Hemmungen in entleerte Kassen zu greifen, um Demokratisierungs-, Freundschafts- und Friedensdividenden, die den Interessen benachbarter Staaten entgegenkommen, zu verteilen oder zu versprechen (Rußland, Polen, Ukraine, Südosteuropa). Der politische Wille des deutschen Volkes, 50 % der Hilfeleistung für Rußland zu übernehmen, wird dabei unterstellt, ein Belastungsgleichschritt mit den Euro-Partnern wird in vorausseilendem Gehorsam gar nicht erst angestrebt. Über notwendige Steuererhöhungen spricht man dann später.

Für Europa darf es keine "neuen Gräben", keine Grenzen geben, jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden" (Art. 0 MV). Bei den "Beitrittsprämien", die in Aussicht stehen, ist es gar nicht verwunderlich, daß Norwegen, Schweden und Finnland, Litauen, Estland und Lettland, Polen, Ungarn, Tschechien und Ukraine, Österreich, Türkei und Malta ihre Beitrittsbereitschaft bekunden oder den Antrag schon gestellt haben, wie die Schweiz. Zwei wahrscheinlichen Nettozahlern (Österreich und Schweden) stehen mindestens zehn Nettoempfänger gegenüber, die alle gleiches Stimmgewicht, aber höchst unterschiedliche Zahllasten erhalten, zweimal zu Lasten der Deutschen.

Die Umverteilung von West nach Ost geht jetzt richtig los. Es bleibt die Hoffnung, daß mit diesen ECU-Geschenken die Freundschaft, die Demokratie und die "Partnerschaft für den Frieden" trotz der Kriege auf dem Euro-Kontinent gestärkt werden. In Bankenkreisen nennt man diese Politik "Cash gegen Hoffnung". ...

Die Haushaltsausgaben der EU haben sich von 1983 bis 1991 verdoppelt, von 1988 bis 1991 sind sie um 43 % gestiegen. Das Haushaltsvolumen der EU von 1981 bis 1994 expandierte exzessiv um 300 %, die deutsche Nettozahlung 78/91 explodierte um 800 %.

Das ist ungerecht und Ausbeutung der Deutschen, weil deutsche Politiker in Brüssel Euro-Interessen gegen deutsche Interessen durchsetzen, ganz im Gegensatz zu französischen, engli-

schen, spanischen, griechischen Politikern.

Deutsche Euro-Politiker sollten das auch den deutschen Bürgern ehrlich eingestehen. Halbwahrheiten und Unwahrheiten desinformieren und desorientieren den Bürger.

Ernsthaft zu bezweifeln ist schließlich die Beschwichtigungsformel, die der EU geschenkten 20 Mrd. jährlich, die der GUS geschenkten und geliehenen 80 Mrd. und die den Polen erlassenen 12,5 Mrd. würden ja doch "irgendwie" als Exportaufträge an die Bundesrepublik "zurückfließen". ...

Die deutschen Verhandlungsführer (Kohl, Genscher, Kinkel, Waigel u.v.a.) sind gehalten, ihr politisch-soziales Gewissen an Art. 56 GG zu überprüfen:

"Wohl und Nutzen des deutschen Volkes" müssen nicht ganz und gar der europäischen Idee und dem Sozialsozialismus des Euro-Wohlfahrtsstaates, der Demokratisierung Kontinentaleuropas und der Weltfriedensstiftung geopfert werden.

6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschafts-Einheit und eine "unkündbare" Währungsgemeinschaft sein

Bevor die Europäische Union von 12 auf 16 oder 24 Mitgliedsstaaten erweitert wird, soll sie über die Wirtschafts- zur Währungs- und zur Politischen Union vertieft werden.

Nach Art. B des Maastrichter Vertrages gehört die "Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die auf längere Sicht auch eine 'einheitliche' Währung nach Maßgabe dieses Vertrages umfaßt", zu den zentralen Zielen der europäischen Einigung.

An der Frage: Bleibt das Modell der sozialen Marktwirtschaft Leitbild der Wirtschafts-Union oder wird dieses Modell durch französische Vorstellungen von "Industriepolitik" ausgewechselt, entzündet sich die Diskussion zwischen den Befürwortern und den Bedenkenträgern. Bei Durchsicht des Vertrages (Titel XIII Industrie, Art. 130 bis 130p) fällt auf, daß der Terminus soziale Marktwirtschaft nicht erscheint, es wird durchgehend von den Kompetenzen des Minister-Rates und der Kommission gegenüber den Industrieunternehmen und den Industrieregionen gesprochen.

Der Euro-Staat setzt Ziele, er verpflichtet die Mitgliedsstaaten, ihre Wirtschaftspolitiken den Zielen unterzuordnen, die Kommission überprüft, ob die Ziele erreicht wurden, Regionalfonds fördern die "rückständigen Gebiete", der Staat fördert die "bessere Nutzung des industriellen Potentials".

- Alle Initiativen gehen von der EU-Kommission aus, sie macht dem Rat Vorschläge, der Rat gibt diesen Gesetzeskraft, die Kommission überwacht und fördert (mit Geld) die Durchführung. Alle Entscheidungen sind in Brüssel zentralisiert, den selbstregulierenden Kräften des Marktes wird offenbar wenig Bedeutung beigemessen. Der Euro-Staat (Kommission und Rat) initiiert, fördert und kontrolliert, aber den Staat kontrolliert niemand.

Zur Bekämpfung der unionsinternen Arbeitslosigkeit hat die Brüsseler Kommission, von der der Europäische Rechnungshof jüngst veröffentlichten ließ, sie habe "die geringstmögliche Auffassung von ihrer Aufgabe" (Wam S, 20.2.1994 H. Hotze) ein "Weißbuch" vorgelegt, aber nicht geweissagt, wer von den 12/16 wachstumslosen Mitgliedern den "Wohlstand für alle" produzieren soll, der Minister-Rat war deshalb auch ziemlich ratlos.

Zwischen dem 1.1.1994 und der angestrebten Harmonie der Vollbeschäftigung, der Zinssätze, der Inflationsraten, der Staatsquoten, der Anteile der öffentlichen Schulden am Sozialprodukt, der volkswirtschaftlichen Wachstumsraten und Fiskal- bzw. Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten liegt die "lange Reise", auf die der Bundespräsident die Deutschen beim Empfang des Diplomatischen Corps einzustimmen versuchte.

Der Wirtschaftsprofessor J. Starbatty (FAZ 15.1.1994) kritisiert,

- daß im gemeinsamen Markt alle (natürlichen, historischen, politischen) Unterschiede als Wettbewerbsverzerrungen interpretiert und egalisiert werden,
- daß durch Euro-Gesetze und -Verordnungen neue Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der

EU oder im Welthandel entstehen, wie z.B. bei den europäischen und südamerikanischen Bananen, bei den französischen und deutschen LKW-Steuern, bei den deutschen, italienischen und französischen Stahlstandorten,

- daß kein unabhängiges Amt für europäischen Wettbewerb vorgesehen ist, daß mit jedem Schritt in Richtung Zentralismus, Staatsdirigismus, Staatsinterventionismus ein Stück soziale Marktwirtschaft und bürgerliche Freiheit abgeschafft wird.

Zu diesem Euro-Interventionismus unter dem Decknamen "Industriepolitik" schreibt R. Baader: "Mit einigem Geschick - und daran mangelt es keinem Angehörigen der politischen Klasse - läßt sich aus der Sorge-, Schutz-, Förder- und Erleichterungs-Berufung die gesamte wohlbekannte Horror-Litanei staatlicher Subventions-, Protektions- und Interventionsfindigkeit herleiten" (S. 142).

Das OFFEN-MARKT bzw. Industriepolitik-Modell hat mit liberal und sozial sehr wenig, mit sozialistisch dagegen viel zu tun, es internationalisiert den Sozialismus französischer Provenienz auf Kontinental-Europa. Europa, das ist die Überwindung der sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung.

Die "Unwiderruflichkeit" der Währungs-Union wurde auf "deutschen Antrag" hin in den Maastrichter Vertrag aufgenommen (Fr. Mitterand). Die Währungs-Union der 11 Mitgliedsstaaten begann am 1.1.1994 mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), Sitz Frankfurt/M. Dieses Institut soll die Voraussetzungen für die Währungs-Union schaffen und ab sofort die "Koordinierung der Geldpolitiken" der Mitgliedsstaaten verstärken, verschiedenste Konsultationen durchführen, die technische Einführung der Euro-Währung (ECU) vorbereiten und die Währungsreserven der nationalen Notenbanken schrittweise übernehmen und verwalten. Damit erhält Brüssel direkten und unkontrollierbaren Zugriff auf deutsche und andere nationale Währungsreserven.

Zwischen 1997 und 1.1.1999 wird das EWI durch die Europäische Zentralbank, wird die DM durch den ECU abgelöst, wird die autonome Bundesbank zur Filiale der EZB, nachdem sie zuvor die deutschen Währungsreserven (DM 120 Mrd., wahrscheinlich aber sehr viel mehr) auf die EZB übertragen (internationalisiert) und je 2,- DM in 1 ECU umgetauscht hat. Ob dann 1 ECU dieselbe Kaufkraft hat und behält wie vor dem Stichtag 2,- DM hatten, weiß niemand zu sagen, das wird sich herausstellen.

Am 1.1.1999 sollen dann, so wird versprochen, aus vielen auch schwachen nationalen Währungen mit Inflationsraten zwischen 3 % und 18 % (1993), wie durch ein Wunder, eine starke, europäisch-internationale Währung entstehen, die "mindestens" so stabil ist, wie die DM in den vorausgehenden 50 Jahren war. Von dieser dritten Stufe an bestimmt die EZB "autonom", welche Geldmenge, welcher Diskontsatz, welcher Wechselkurs für Europa "gut" ist. Und was gut ist für EUropa, ist auch gut für Deutschland.

- Aber nicht nur die Währungsreserven (120 bis 200 Mrd.) sondern auch die Schuldengebirge der 12/16 Mitgliedsstaaten werden internationalisiert. Die Mitgift der Deutschen 200 Mrd. Reserven und 2.000 bis 3.600 Mrd. Schulden, von der Mitgift Griechenlands, Belgiens, Italiens gar nicht zu reden.

Im "Zentralbankrat" der EZB hat Deutschland eine oder zwei Stimmen von 12, 16 oder 24-formal ganz demokratisch: one man, one vote.

B. Bandulet (S. 40): "Entweder sind die (drei) Beitrittsbedingungen (zur Währungs-Union) nicht ernst gemeint und werden großzügig ausgelegt - dann beginnt die Währungsunion spätestens 1999 als 'europäische Inflationgemeinschaft'.

Oder aber sie werden streng interpretiert - dann können 1999 vielleicht nur 2 oder 3 Länder (und vielleicht nicht einmal Deutschland) teilnehmen. Dann aber geriete die Währungs-Union zur Farce".

- 60 deutsche Wirtschaftsprofessoren der ordo-liberalen Schule halten die Maastrichter Be-

schlüsse zur Wirtschafts- und Währungsunion in "entscheidenden 11 Punkten" für ungeeignet, das "konfliktarme Zusammenwachsen in Europa" zu erreichen.

Was im August 1993 begann - die praktische Aufgabe des Europäischen Wechselkurssystems (EWS) mit relativ festen Wechselkursen unter dem Leitkurs des ECU - könnte 6 Jahre später oder früher den Kontinent in eine schwere Geld-, Währungs-, Wirtschafts- und Sozialkrise stürzen.

Auf dem Internationalsozialismus lassen sich keine "gemeinsamen Häuser" errichten, weil bald alle durchschnittlich arm sind und nichts mehr umzuverteilen ist. Wo bleibt eigentlich die sozialdemokratische Euro-Opposition, die vor hastigen Schritten der "illusionistischen" Regierung und der Euphoriker warnt, wenn sie als Partei der kleinen Leute die "Sorge der Bürger um die Stabilität der DM für nicht unberechtigt" hält?

Die Symbole der Europäischen Union sind die Europa-Flagge und die Europa-Hymne. Beide Symbole sollen dem Euro-Bürger die Identifikation mit der europäischen Idee und dem Euro-Staat erleichtern. Der Text der Hymne "Freude, schöner Götterfunken" stammt von Friedrich von Schiller, die Melodie von "Unbekannt" vor 1799.

Die Europa-Flagge zeigt auf dunkelblauem Grund das "Sternenzelt", über dem "ein lieber Vater" wohnen muß, der ein "Unbekannter", ein "guter Geist", ein "Sternenrichter" ist. Das Euro-Sternenzelt besteht aus einem Kreis von "zufällig" 12 Sternen. Der Zufall wollte es, daß die Zahl nicht 6 beträgt (nach der Zahl der Gründerstaaten) und nicht mit jedem weiteren beitretenden Staat (auf 16 oder 25) erhöht wird. Die 12 ist "zufällig" eine für Europa symbolische Zahl, obwohl die Zahl 13 noch symbolischer wäre.

- Die goldenen 12 Sterne sind auch keine christlichen Symbole, wie etwa der Stern von Bethlehem, der den Magieren aus dem Orient den Weg zum Friedensfürsten zeigte, denn die Sterne Europas haben "zufällig" die Form des Pentagramms. Dieses ist sowohl Symbol für den Pentateuch (5 Bücher Mose) als auch für die Freimaurerei, als auch für die Sowjet-Union (Sowjet-Stern) und die USA (Stars and 13 Stripes). Es fällt auch auf, daß die Pyramide nicht zu den Europa-Symbolen ernannt wurde.

Aber, ganz "zufällig" wiederum, zielt die Spitze des Frankfurter Messeturms eine bei Nacht weithin sichtbare "Pyramide" aus Leuchtstoffröhren als Symbol der Europäischen Währungsunion. In diesem Euro-Hochhaus hat das Europäische Währungsinstitut (EWI) am 1.1.1994 seinen Sitz gefunden. Dieses Gebäude wird auch wohl ab 1.1.1999 Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) werden, wenn es der Zufall nicht anders will.

- Von dieser Zentrale aus wird dann die umlaufende europäische Geldmenge ECU kontrolliert. Der OB der Stadt Frankfurt/M. von Schöler schlug Ende Februar 1994 vor, die neuen ECU-Noten mit den Köpfen der Mayer Amschel Rothschild Söhne zu zieren.

Wieder ein paneuropäischer Zufall, der dem Euro-Bürger die Identifikation mit dem Euro-Geld, das in drei oder vier Jahren die bewährte DM ablösen wird, erleichtern soll, denn die Rothschilds sollen sich um den Aufbau des Bankenwesens in der Welt verdient gemacht haben.

Verfasser schlägt vor, bei der multikulturellen Besetzung europäischer Banknoten Edith Stein, P. Maximilian Kolbe, Johann Sebastian Bach zu berücksichtigen und Bettina von Arnim, Annette von Droste Hülshoff und Balthasar Neumann nicht schon wieder zu verabschieden, sie haben die wirkliche europäische Kultur geprägt.

Man muß es ihnen lassen, die Europa-Architekten haben Sinn für Symbole und Zufälle, denn die Architektur ist "für das Europa des 21. Jahrhunderts" ersonnen worden, wie der Professor für politische Bildung P. Fontaine, Paris in "Zehn Lektionen" (Mai 1992) doziert:

"Die Europäische Union ist ein einmaliges Gebilde, das zwischen der Regierungszusammenarbeit und der Föderation angesiedelt ist", "die Union hat die Aufgabe, langfristig sämtliche demokratischen Länder des Kontinents(!) zusammenzufassen. Aber dieser Prozeß wird selbst-

verständlich schrittweise vonstatten gehen" und schließlich "die gegenwärtige Gemeinschaft" soll in der Architektur Europa 2000 "die Rolle des föderalistischen Motors des ganzen Kontinents spielen".

Die Architekten und Baumeister des "Gemeinsamen Hauses" sind sich darin einig, daß alle Länder des Kontinents vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik, vom Nordpol bis zum Äquator unter einem Staat, unter einer Regierung, einer Verfassung, einem Recht zusammengefaßt werden sollen.

Auch Bundespräsident R. v. Weizsäcker will die "Einigung unseres Kontinents", will aus Europa "mehr" machen als ein "Europa der Vaterländer", will allen Völkern daran Anteil geben und will mit der Europapolitik und mit Europa die Lebenschancen "aller Erdbewohner" verbessern.

Daher stellt sich die Frage, wie Europa aussehen wird, wenn sich die "europäische Idee" im 21. Jahrhundert, in 6 Jahren also, verwirklicht hat, schrittweise versteht sich.

7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Welt-Religion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein

Diese These vertritt natürlich kein Politiker, sie könnte den Bürger verschrecken und wird deshalb nur in volkspädagogisch bekömmlichen Häppchen vorgetragen, zuerst von den Baumeistern, dann von den Maurem und Handlangern.

In der Ansprache des Bundespräsidenten am 12. Januar 1994 wird das Ziel der "langen Reise" wie folgt angedeutet:

"Auch im vergangenen Jahr habe ich auf zahlreichen Reisen Länder in Afrika, Asien und im Pazifik, in Amerika und Europa besucht", "diese Reisen dienen nicht allein dem politischen Dialog, sondern auch den 'Signalen nach Hause'. Wir sind als Deutsche nicht nur Europäer. Wir leben gemeinsam auf unserem Planeten Erde. Unsere gegenseitige Abhängigkeit wächst von Jahr zu Jahr."

So wird aus deutscher Außenpolitik planetarische, globale oder Weltwohlfahrtsstaatspolitik als "neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Idee" nach Maastricht. Diese These 7 vertritt J. Rothkranz (S. 514).

- Für Bundeskanzler H. Kohl ist Maastricht-Europa eine Wahlentscheidung über Krieg oder Frieden im 3. Jahrtausend christlicher Zeitrechnung.

Aus der Sicht des Kritikers an sozialistischen Ideen und gnostischen Weltfriedensreich-Utopien ist diese Art Kontinentaleuropa die vielleicht gefährlichste Idee nach der Wende.

Mit Karl Popper und Wolf Biermann wissen wir: "Wer immer den Himmel auf Erden sucht, wird in der Hölle landen. Und wer (wie H. Heine und K. Marx) das Paradies verspricht, der bereitet uns auf eine Karriere als KZ-Opfer oder als KZ-Aufseher vor. Traurig, aber wahr? Nein. Das ist nicht traurig, denn das ist die Wahrheit." (W. Biermann, in "Israel-Nachrichten" v. 31.12.1993)

Die Wahrheit über Europa?

Die Bewohner des "Haus Europa 2000" sind aufgerufen, "in Verantwortung vor Gott und den (Mit-)Menschen" von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer die drei oben genannten Titel gelesen hat, weiß, was zur Wahl ansteht und weiß, wen er wählt, wenn er wählt. Er weiß auch v.a., was und wen er unter keinen Umständen freiwillig wählen darf.<<